

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 2,50 Mk. monatlich 1,10 Mk.
Wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

NOS Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Sonnabend, den 10. Oktober 1914. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Die Deutschen in Antwerpen.

Amtlich. Berlin. (W. Z. B. 11 Uhr 22 Min.) Großes Hauptquartier, 9. Oktober abends. Heute vormittag sind mehrere Forts der inneren Befestigungslinie von Antwerpen gefallen.

Die Stadt befindet sich seit heute nachmittag in deutschem Besiz. Kommandant und Besatzung haben den Festungsbereich verlassen. Nur einzelne Forts sind noch vom Feinde besetzt. Der Besiz von Antwerpen ist dadurch nicht beeinträchtigt.

Zerstörung eines deutschen Luftschiffes. Die Russen in Lyk.

Großes Hauptquartier, 8. Oktober, abends. (W. Z. B.) Amtlich. Vom westlichen Kriegsschauplatz sind Ereignisse von entscheidender Bedeutung nicht zu melden. Kleine Fortschritte sind bei St. Mihiel und im Argonnenwald gemacht.

siehe in Flammen, das große Lazarett sei verbrannt. Die Verwundeten flüchteten. Infolgedessen würden viele von ihnen an der Grenze erwartet. Die Beschießung sei noch immer heftig.

Der Erfolg der deutschen Artillerie.

London, 9. Oktober. (W. Z. B.) Der Korrespondent des Daily Express telegraphiert aus Ostende: Die Belgier leisten in Antwerpen hartnäckigen Widerstand, doch sind die Deutschen ein gutes Stück vorwärts gekommen.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der große Kampf im Nordwesten.

Bordeaux, 9. Oktober. (W. Z. B.) Nach hier eingetroffenen Meldungen hat sich der große Kampf zwischen den Verbündeten und den Deutschen im Nordwesten noch ausgedehnt.

Nichts Neues aus Paris.

Paris, 9. Oktober. (W. Z. B.) Ein amtlicher Bericht von gestern abend 11 Uhr besagt: Die Lage ist im ganzen unverändert.

Schwere Verluste der afrikanischen Truppen.

London, 9. Oktober. (W. Z. B.) Der Kriegs-Korrespondent der Times schreibt: Die Art des Kampfes in Nordfrankreich wird besonders stark von den afrikanischen Truppen der Franzosen empfunden.

Die Sozialisten Amerikas und der Krieg.

Die eben eingetroffenen amerikanischen Parteiblätter enthalten u. a. einen Bericht über eine Versammlung in New York, die sich mit dem Weltkrieg beschäftigte. Die Versammlung tagte am 21. September und war von ungefähr 6000 Männern und Frauen verschiedener Nationalität besucht.

Um Antwerpen.

Der Angriff auf den inneren Fortsgürtel.

Amsterdam, 8. Oktober. Eine deutsche Heeresabteilung marschierte auf Forts Wyneghem heute früh, das in wenigen Stunden vernichtet war.

Verzweifelter Widerstand in Antwerpen.

London, 8. Oktober. (W. Z. B.) Daily Chronicle meldet aus Antwerpen: Die Stadt ist noch immer voller Menschen, da eine Menge von Flüchtlingen aus den gefährdeten Städten in Antwerpen eingetroffen ist.

Folgen des Kaperkrieges.

Offen (Ruhr), 9. Oktober. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung verbreitet durch Extrablatt folgende Meldung:

Rotterdam, 9. Oktober. Zweiunddreißig deutsche Handelsdampfer, darunter der Lloyd-Dampfer Sneydenau und viele andere große Seedampfer sowie über zwanzig Rheinschiffe sind heute im Hafen von Antwerpen auf Verreiben der Engländer in die Luft gesprengt worden.

An allen vier Ecken in Brand geschossen.

Wien, 8. Oktober. (W. Z. B.) Die Wienerische Zeitung meldet von der holländischen Grenze: Aus Bergen op Zoom wird über die Beschießung Antwerpens berichtet, daß die Stadt an allen vier Ecken brennt.

Komme. Lee glaubt, der Krieg wäre vermieden worden, wenn dem west- und mitteleuropäischen Sozialismus nur 3 oder 4 Jahre länger Zeit gelassen worden wäre, die vier großen zivilisierten Länder England, Frankreich, Deutschland und Italien zu einem großen Verteidigungsbund gegen das russische Barbarentum zu vereinen.

Auch Lee glaubt nicht an den Zusammenbruch der Internationalen und wies besonders darauf hin, daß auch die französischen Parteigenossen, die mit der Regierung ihres Landes ganz gemeinsame Sache gemacht haben zur Verteidigung ihrer Heimat, ihre Pflichten der Internationalität doch nicht vergessen haben. Denn auch jetzt noch bekämpfen sie aus allen Kräften den Haß gegen das deutsche Volk. „In einbezüglichen und beredeten Kundgebungen“, erzählte Lee, „hat die französische Partei dem französischen Volke dargelegt, daß nicht das deutsche Volk der wahre Feind ist, sondern der Kapitalismus.“

Der Höhepunkt des Riesenkampfes.

Kopenhagen, 8. Oktober. (W. Z. B.) „Nationaltidende“ meldet aus London: Alle vorliegenden Nachrichten stimmen darin überein, daß die Riesen Schlacht in Frankreich nun ihren Höhepunkt erreicht hat und noch in dieser Woche die Entscheidung fallen muß. Die Kämpfe auf dem linken Flügel werden mit einer selbst unter diesen blutigen Zusammenstößen bisher unbekanntem Heftigkeit fortgesetzt. Die Deutschen suchen mit einer Hartnäckigkeit, von der man sich keine Vorstellung machen kann, sich der Eisenbahnlinie zu bemächtigen. Der Kampf nördlich von der Somme hat einen derart furchtbaren Charakter, daß er unmöglich lange anhalten kann.

Vom österreichisch-russischen Kriegsschauplatz.

Die Wende im galizischen Feldzug.

Wien, 8. Oktober. (W. Z. B.) Ein militärischer Mitarbeiter des „Neuen Wiener Tagblattes“ schreibt über die jüngsten Ereignisse: Immer neue Teilerfolge zeitigt das geschlossene Vorgehen der verbündeten deutschen und österreichisch-ungarischen Armeen an beiden Ufern der Weichsel im Raume von Zwangorod, das kaum hundert Kilometer südöstlich von Warschau liegt, bis Dymow am Sanfluß, 40 Kilometer westlich Przemysl. Sieg auf Sieg über die feindlichen Nachhut wird erfochten. An und für sich sind es zwar örtlich begrenzte Einzelereignisse in der 250 Kilometer breiten nordöstlichen Operationslinie, im Hinblick auf das ungeheure gemeinsame Endziel aber doch schon die in einander greifenden Glieder einer unzerbrechlichen Kette, die mit ehernem Druck langsam, aber immer merklicher die russische Hauptmacht an Hals und Brust zu würgen beginnt.

Es zeigt sich nunmehr zur Evidenz, daß die Konzentrierung unserer Armeen nach Westen keine taktische Niederlage, sondern vielmehr eine überlegte strategische Maßnahme bildet, diktiert von dem höheren Zwecke, den lückenlosen Anschluß an die deutsche Armee nördlich von Krasow zu sichern. Das wurde mit solcher Promptheit erreicht, daß nun mit vereinten Kräften den sich stellenden gegnerischen Truppen eine Spitze nach der anderen abgebrochen wird.

Die Erstürmung des russischen Brückenkopfes Sandomierz und die Zurückverfung einer feindlichen Infanterie-Division bei Dornobrzeg im Weichsel- und Sanwinkel tragen bereits die erwarteten Früchte. Die geschlagenen Gegner konnten sich bei der energischen Verfolgung über das Hindernis der beiden tiefen und breiten Flüsse nicht rasch genug zurückziehen und fielen samt ihrem Train abteilungsweise als Kriegsgefangene unserer noch auf dem rechten Weichselufer vordringenden Truppen in die Hände.

Unsere weiter südlich, im Raume von Neu-Sandec, längs der Eisenbahn und Chaussee gegen Rzeszow, vorgegangene Armee warf am 7. Oktober jene Heeresreste des Gegners, die verlustig hatten, die Festung Przemyśl vom Westen einzuschließen, beim Dorfe Barycz, 15 Kilometer südlich der Stadt Rzeszow, wodurch dieser so wichtige Bahnnotenpunkt wieder endgültig in Besitz genommen werden konnte. Trotz wiederholten vergeblichen, mit furchtbaren Verlusten bezahlten Anrennens gegen die Forts von Przemysl in den ersten Tagen des Oktober rannten sich die Russen am 6. und 7. Oktober an den Bollwerken erneut die Köpfe ein. Nicht so sehr die Tausende von Toten und Verwundeten, die der Gegner dort liegen ließ, werden ihn von der Wiederholung des vergeblichen Beginnens abhalten, wohl aber dürfte das bedenkliche Nahen unserer siegreichen Truppen im Westen der Festung schon in den nächsten Tagen jedem weiteren Belagerungsversuch ein möglicherweise endgültiges Ende bereiten.

Während also auf dem polnisch-galizischen Kriegsschauplatz die seit Anfang Oktober einsetzenden deutschen und österreichisch-ungarischen Erfolge die Gesamtlage in einer Weise zu unsern Gunsten veränderten, daß es selbst für die Verleumdung des Dreiverbandes immer schwieriger wird, die Tatsachen in ihr Gegenteil umzulügen, sind es auch im Süden unsere Truppen, die dort auf allen Linien das Geschehen des Handelns recht eindeutig vorzeichnen. Mit der entscheidenden Niederlage von 4 serbisch-montenegrinischen Brigaden zwischen dem 3. und 7. Oktober dürfte der Hauptsache nach für unsere Reichslande des gesamten Guerillakrieges Glück und Ende verzeichnet sein.

Vom österreich-serbischen Kriegsschauplatz.

Die Zustände in Serbien.

Wien, 8. Oktober. (W. Z. B.) Die „Reichspost“ meldet: Auf dem Wege über Bulgarien aus Rußland eingetroffene Reisende bestätigen, daß in Serbien schreckliche Zustände herrschen. Die bisherigen Kriegsverluste der Serben betragen an 75 000 Tote und Verwundete. Für letztere sei die ärztliche Hilfe durchaus unzureichend. Das Publikum, welches durch die offiziellen serbischen Siegesmeldungen eine Zeitlang getäuscht wurde, habe jetzt erfahren, daß all diese serbischen Siege tatsächlich nie existierten, wodurch eine verzweifelte Stimmung hervorgerufen wurde. Vom Könige, der schwer krank sei, höre man wenig. Die Prinzen Alexander und Georg hätten viel zu geringe Autorität, um das über ihrem Lande und über ihrem Hause schwebende Unheil durch einen entsprechenden Einfluß auf die Bevölkerung abzuwehren. In Sofia eingelaufene Meldungen berichten fortgesetzt über heftige Kämpfe in Serbisch-Mazedonien sowie in Griechisch-Mazedonien.

Der Krieg und die Kolonien.

Die Entscheidung über die Kolonien.

London, 8. Oktober. (W. Z. B.) Dem deutschen Standpunkt, daß das Schicksal der deutschen Kolonien sich auf Europas Schlachtfeldern entscheide, schließt sich auch die „Morningpost“ an, indem sie schreibt: Alle Veränderungen draußen in den Kolonien hängen von dem Kriege in Europa zu Lande und zur See ab. Die Verbündeten beherrschen das Meer und können alle deutschen Kolonien besetzen, aber der dauernde Besitz dieser Kolonien hängt von dem Sieg der Verbündeten zu Lande in Europa ab, denn ohne einen solchen kann Deutschland nicht gezwungen werden, die Friedensbedingungen der Verbündeten anzunehmen. Das Schicksal der Kolonien kann nicht als entschieden angesehen werden, bevor die englische Flotte die deutsche Schlachtflotte besiegt hat.

Vandervelde über die deutschen Sozialdemokraten.

Aus London wird uns vom 3. Oktober geschrieben: Genosse Vandervelde, der Führer der belgischen Sozialisten, der im Auftrage der belgischen Regierung, der er angehört, nach den Vereinigten Staaten gereist ist, um den Amerikanern die Leiden des belgischen Volkes zu schildern, hat in der amerikanischen sozialistischen Presse eine Erklärung veröffentlicht, in der er die Taten der deutschen Armee in Belgien verurteilt, aber sich mit großer Toleranz über die Haltung der deutschen Sozialdemokraten äußert. Er sagt unter anderem:

In allen internationalen Konflikten der letzten Jahre hat sich die internationale sozialistische Bewegung einig gefunden. So war es auch noch am Vorabend des gegenwärtigen Konflikts. Oesterreich hatte schon Serbien den Krieg erklärt, als das Internationale Sozialistische Bureau, das schleunigst nach Brüssel einberufen worden war, sich auf den Standpunkt stellte, daß Deutschland auf Oesterreich und Frankreich auf Rußland einen Druck ausüben müsse, um den Konflikt zu lokalisieren. Und von ganzem Herzen stellen wir unseren deutschen Genossen das Zeugnis aus, daß sie in ihren Bemühungen zur Aufrechterhaltung des Friedens ihre Pflicht, ihre ganze Pflicht, und mehr als ihre Pflichten taten.

Aber diese Bemühungen sind vergeblich gewesen. Der Krieg ist allgemein geworden. Alle direkten Verbindungen zwischen den Sozialisten Deutschlands und denen anderer Länder sind unmöglich geworden.

Auf beiden Seiten stehen sich Millionen von Arbeitern als Feinde einander gegenüber.

Was unserer Lage einen besonders tragischen Charakter verleiht, ist, daß auf beiden Seiten die Sozialisten in gleicher Weise davon überzeugt zu sein scheinen, daß es sich ihrerseits um einen Verteidigungskrieg handelt. Ähnlich den französischen und belgischen Sozialisten, bei denen sich die Idee fest eingewurzelt hat, daß sie einen berechtigten Verteidigungskampf führen, haben auch die deutschen Sozialdemokraten für die Kriegskredite gestimmt.

Wir werden uns natürlich hätten, ihnen wegen dieser Sache Vorwürfe zu machen. Wir nehmen Kenntnis von den Schwierigkeiten der Situation. Wenn sie die Kriegskredite verweigert hätten, dann würden sie ihr Land der Kofaleninvasion überantwortet haben. Indem sie für sie stimmten, haben sie Waffen geliefert gegen das republikanische Frankreich und das demokratische Westeuropa. Von diesen zwei Uebeln wählten sie dasjenige, das ihnen das geringere schien. Ich wiederhole, wir werfen keine Schuld auf sie.“

Zur bevorstehenden portugiesischen Kriegserklärung.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt zu der Nachricht von der bevorstehenden portugiesischen Kriegserklärung unter anderem folgendes: Portugal sei längere Zeit von England abhängig, wie ein Vasallenstaat und wenn es England wünscht und billigt, so wird sich die Republik der langen Reihe unserer Feinde zugesellen. Ein paar deutsche Schiffe, die in portugiesischen Häfen liegen, können allerdings verloren gehen, aber vielleicht wird dann Portugal dieselbe Erfahrung machen, die die Belgier mit blutigen Tränen jetzt schon machen, daß ihnen der englische Schutz nichts nützt, nicht nur, weil England zu schwach ist, die von ihm abhängigen Staaten, die es in den Krieg hineinzieht, zu schützen, sondern weil es in seiner habgierigen, kaltherzigen Politik auch gar nicht das Interesse hat, seine Bundesgenossen sich nicht verbluten zu lassen.

Entlassungsgesuch des italienischen Kriegsministers.

Rom, 8. Oktober. (W. Z. B.) Seit einigen Tagen entspannen sich in den Zeitungen Polemiken über Verwaltungsfragen des Kriegsministeriums. Heute Abend hat, wie die „Agenzia Stefani“ meldet, der Kriegsminister General Grandi dem Ministerpräsidenten sein Entlassungsgesuch überreicht.

Ein Vertrauensvotum für die Regierung.

Rom, 8. Oktober. (W. Z. B.) Die demokratisch-liberale Linke hat heute eine Tagesordnung angenommen, in der sie unter Anerkennung der Tatsache, daß eine wachsame und bewaffnete Neutralität den politischen Forderungen des Augenblicks entspricht, der Regierung, welche mit sicherem Blick für die Bedürfnisse des Landes mit allen Mitteln die höchsten nationalen Interessen zu wahren wissen werde, ihre Vertrauen ausdrückt.

Amerikanische Friedensvermittlung?

New York, 9. Oktober. (Z. U.) Der Staatssekretär des auswärtigen Bryan hat auf einer Friedensversammlung geäußert, daß Präsident Wilson mit Ungeduld auf eine Möglichkeit warte, die einleitenden Schritte zu erneuern, um eine Friedensvermittlung zwischen den kämpfenden Nationen herbeizuführen.

Die Aktion der italienischen Sozialisten.

Vor einigen Tagen richtete der „Avanti“, das Zentrorgan der italienischen Partei, die Aufforderung an die Defensivität, Volksabstimmungen über die Frage der Neutralität Italiens vorzunehmen. Am 26. oder 27. September sollten überall im Lande durch die oppositionellen Organisationen aller Art Versammlungen abgehalten werden, um diese Frage zu behandeln. Es wurde ferner dazu aufgefordert, bei der Abstimmung nur ein kurzes Ja oder Nein zuzulassen und nicht die in den romanischen Ländern sonst üblichen langatmigen Resolutionen als Antwort auf die Frage, ob die absolute Neutralität Italiens aufrecht erhalten werden soll.

Der Erfolg war glänzend. Schon in der Nummer vom 28. September veröffentlicht das Blatt das erste Ergebnis unter der Ueberschrift: „Das italienische Proletariat entwirft einstimmig auf den Appell der sozialistischen Partei.“ Danach hatten schon 26 sozialistische und 17 Jugendorganisationen Resolutionen gegen den Krieg angenommen. Ebenso beschloßen 6 Versammlungen nichtpolitischer Vereine, 46 gewerkschaftliche Organisationen, Arbeitslosenberatern, genossenschaftliche und andere Gruppen.

In überwältigender Weise aber zeigt sich der Erfolg der an das Volk gestellten Frage in der nächsten Nummer vom 29. September. Das Blatt schreibt darüber:

Strohweise bekommen wir ungeheure Mengen von Telegrammen, Briefen und Karten. Wahrscheinlich eindrucksvoll sind die Begeisterung und die Einstimmigkeit, mit denen das italienische Proletariat den Appell der sozialistischen Partei beantwortet. Aus Groß- und Kleinstädten wie auch aus den Dörfern, von Hunderten von wirtschaftlichen und politischen Vereinen, die die Masse des werktätigen Volkes umfassen, erhebt sich eine einzige Stimme, drückt sich eine einzige Hoffnung aus: die eine Forderung wird einstimmig und energisch von allen Seiten bestätigt.

Und dann wird eine endlose Zahl von sozialistischen Vereinen, Jugendorganisationen, Genossenschaften, Unterstützungsvereinen usw. aufgezählt. Alle schließen sie sich dieser imposanten Friedensumgebung an.

In der Nummer vom 30. September wird diese Liste fortgesetzt. Sie füllt hier zweieinhalb dicht bedruckte Spalten.

Die italienische sozialistische Partei hat hier einen neuen Weg eingeschlagen, um in der deutlichsten, nicht mißzuverstehenden Weise den Friedenswillen des ganzen arbeitenden Volkes kundzugeben.

Die englischen Arbeiterorganisationen für die Rekrutierung.

London, 3. Oktober. (Fig. Ver.) Der „Vereinigte Ausschuss“ der britischen Arbeiterbewegung, in dem das Parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses, der Vorstand der Arbeiterpartei und der Geschäftsausschuss des Gewerkschaftsverbandes vertreten sind, hat einen Aufruf an organisierte Arbeiter, die früher als Unteroffiziere im Heere gedient haben, gerichtet, in dem es heißt:

Arbeitsgenossen! Unsere Aufrufe an die organisierten Arbeiter, sich für die neuen Armeen, die in Verbindung mit dem europäischen Krieg geformt werden, anwerben zu lassen, sind höchst erfolgreich gewesen. Aus fast jeder Ortsgruppe aller Gewerkschaften des Vereinigten Königreichs haben junge Leute ihr Werkzeug niedergelegt und haben sich bereit erklärt, für das Reich zu kämpfen, um seine Freiheiten zu verteidigen und seinen Verpflichtungen nachzukommen. Wir halten es nur für unsere Pflicht, einen zweiten Appell ausschließlich an jene Gewerkschaftsmitglieder zu richten, die frühere Unteroffiziere irgend eines Zweiges der königlichen Streitkräfte sind. Die glänzenden Armeen aus Rohmaterial werden weit schneller leistungsfähig werden, wenn Unteroffiziere ein Opfer bringen, das vielleicht noch größer ist, als das der Rekruten, und sich für die Dauer des Krieges für den Dienst entweder im Inland oder im Ausland anwerben lassen.“

Der Aufruf trägt die Unterschriften der bekannten Arbeiterführer Arthur Henderson, J. A. Sowerman, W. A. Appleton, J. R. Bell, W. J. Davis, Charles Duncan, William Rosses, James Sargon, Will Thorne, Ben Tillett und J. E. Williams.

Befanlich beteiligt sich die J. L. P., die den sozialistischen Flügel der Arbeiterpartei darstellt, an der Rekrutierungskampagne nicht, sondern bekämpft diese.

Ein englisches Wort an Rußland.

Das englische Arbeiterblatt „Daily Citizen“ vom 30. September schreibt unter der Spitzmarke „Ein Wort an Rußland“:

Es sind viele Betrachtungen darüber angestellt worden, weshalb in England nicht das gleiche warmherzige Gefühl für Rußland wie für Frankreich und Belgien herrscht. Die Ursache ist schwer zu finden. Wir erkennen die Einfachheit und Freundlichkeit der russischen Bauern, wir anerkennen die große Tapferkeit der russischen Truppen, aber es ist kein Zeichen einer Aenderung im Herzen der russischen Regierung zu sehen. Rußland ist ein starker militärischer Bundesgenosse, aber in politischer Hinsicht sind seine Wege nicht die unsrigen. Wenn Rußland von ganzem Herzen und auf gleicher Basis zu der Gemeinschaft der Demokratien des Westens zugelassen werden will, muß es imstande sein, mehr zu bieten, als eine enorme Armee im Felde; es muß bereit sein, die politischen Freiheiten seines eigenen Volkes und der kleineren Völker, über welche es die Herrschaft ausübt, zu gewähren.

Nikolai Burdoff, der wohlbekannte russische Reformator, ist eben in Rußland angekommen worden. Nach langen Jahren des Exils kehrte er nach Rußland zurück, um zu kämpfen für sein Vaterland — als Lohn ist er ins Gefängnis geworfen worden und wird vermutlich nach Sibirien verbannt werden. Er war der Ansicht, daß für die fortschrittlichen Bewegungen Rußlands aus dem jetzigen Krieg gutes hervorzuheben würde; ein langer Aufschub mit diesen Hoffnungen erschien vor einigen Tagen aus seiner Feder in den „Times“. Und er kehrte zurück nach Rußland, um seine Auffassungen mit seinem Schwerte zu unterstützen. Jetzt sitzt er im Gefängnis, und wenn Rußland in großer Not diese despotische Torheit macht, sollte es wenigstens nicht überrascht sein, wenn die Arbeiter in demokratischeren Ländern Unsicherheit und Argwohn fühlten über seine Absichten.

Wir wissen nicht, warum Burdoff festgenommen ist. Es ist möglich, daß alte Rechnungen gegen ihn in Erinnerung gebracht wurden. Sein einziger Fehler war jetzt, daß er Rußland politisch frei und demokratisch zu machen wünschte. Es ist möglich, daß ihm ein Brief an die Zeitungen verargt wird, in dem er zu Beginn der großen Krise eine Amnestie in Rußland anregte. Er meinte, das wäre ein guter Ausgangspunkt für einen Befreiungskrieg. Die

Das Wirken der Konsumgenossenschaft.

Ein Jahr schwerer wirtschaftlicher Krise war es, das der soeben vom Vorstand der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend herausgegebene 15. Geschäftsbericht umfaßt. In diesem Bericht spiegelt sich der siegreiche Gedanke der Genossenschaftsarbeit wieder, der, allen Widerständen trotzend, sich durchringt. Und gerade in der Zeit des schwersten wirtschaftlichen Notstands, der die Kommunen Groß-Berlins zu außerordentlichen Hilfsmahnahmen zwang, hat die Konsumgenossenschaftliche Organisation sich als eine für die notleidenden Schichten segensreich wirkende Einrichtung erwiesen. Abgesehen davon, daß die Genossenschaft im Geschäftsjahr an der von der organisierten Arbeiterklasse Berlin für die Notleidenden eingeleiteten Hilfsaktion regen Anteil nahm, hat sie sich bei der Versorgung der Bevölkerung Berlins mit billigem Fleisch dem Magistrat der Stadt Berlin in der selbstlosesten Weise zur Verfügung gestellt; ja sie hat sogar bei dem Fleischverkauf im vorigen Jahre 77 000 Mark ausgehört. Auch sonst bemühte sich die Leitung der Genossenschaft, die Mitglieder mit billigen Nahrungsmitteln zu versehen.

Raum zeigte sich am Ende des Geschäftsjahres eine Besserung auf dem Wirtschaftsmarkt, als plötzlich die Kriegserreignisse erneut das gesamte Wirtschaftsleben auf tiefste erschütterten. Inwiefern die Konsumgenossenschaft unter dem Kriege leiden wird, kann in dem vorliegenden Geschäftsbericht nicht zum Ausdruck kommen, da derselbe mit dem 30. Juni abschließt. Heute läßt sich indessen bereits sagen, daß die Mitglieder bei Ausbruch des Krieges, als eine Anzahl Geschäftsleute das konsumierende Publikum durch unehrliche Preissteigerungen zu schädigen suchten, in ihrer Genossenschaft einen treuen Rückhalt fanden. Und während der bisherigen Dauer des Krieges hat die Konsumgenossenschaft klar die Tendenz zum Ausdruck gebracht, ihre Mitglieder — soweit es in ihrer Macht liegt — vor erheblichen Preissteigerungen zu bewahren. Eine solche Geschäftspraxis muß sich auch für die Zukunft die Sympathien der Mitglieder sichern. Und darin liegt zugleich die Gewähr, daß die Konsumgenossenschaftsbewegung auch den Krieg mit seinen furchtbaren wirtschaftlichen Folgen kraftvoll überdauern wird.

Aus dem Bericht selbst ist zunächst bemerkenswert, daß der letzte im Bezirk Groß-Berlin bestehende Konsumverein Tegel übernommen worden ist.

Die Mitgliederzahl stieg im Laufe des Geschäftsjahres um 9369, sie betrug am Schlusse desselben 86 514. Die Zahl der Verkaufsstellen erhöhte sich von 114 auf 125. Trotz der Wirtschaftskrise kann der Geschäftsbericht eine Steigerung des Umsatzes in den Verkaufsstellen um 2 368 973,08 Mark verzeichnen, er erreichte im letzten Geschäftsjahre die respektable Summe von 17 356 250,50 Mk. Als ein Beweis der innerlichen Festigung der Genossenschaft ist die Tatsache anzusehen, daß der Durchschnittsumsatz pro Mitglied im verfloffenen Geschäftsjahre um 6,24 Mk. auf 200,62 Mk. stieg. Der Durchschnittsumsatz pro tausend Mitglied betrug 275,27 Mk. 23 462 Mitglieder oder 27,12 Proz. hatten keine Markenblätter abgeliefert.

Als eine Neuerung von besonderer Bedeutung ist es anzusehen, daß die Geschäftsleitung im letzten Jahre den Vertrieb billiger Milch in die Hand genommen hat. Veranlaßt durch die fortgesetzte Verteuerung dieses wichtigen Nahrungsmittels — stieg doch der Milchpreis bis auf 26 Pf. pro Liter — trat die Geschäftsleitung mit der Interessengemeinschaft Märkischer Milchproduzenten in Verhandlungen. Sie erreichte, daß die Interessengemeinschaft Milch zu einem Preise liefert, der es der Genossenschaft ermöglicht, an die Mitglieder das Liter zu 20 Pf. abzugeben. Diese Maßnahmen riefen natürlich unter den Händlern eine lebhaftige Erregung hervor. Ihre Bestrebungen, die Leitung der Konsumgenossenschaft zu bewegen, die Milch zu einem höheren Preise abzugeben, scheiterten. Unter dem Druck der Verhältnisse mußten alsdann die Wolkereibesitzer und Milchhändler den Milchpreis auf 22 bzw. 24 Pf. herabsetzen.

Aus dem Kapitel: Produktionsbetriebe ist besonders hervorzuheben, daß die Bäckerei durch die am 15. Dezember 1913 erfolgte Inbetriebnahme des zweiten Bäckereigebäudes eine erhebliche Vergrößerung erfahren hat. Wenn man bedenkt, daß zurzeit 28 Doppelbacköfen in Betrieb sind, so kann jetzt bereits von einem modernen Bienenbetrieb gesprochen werden. Dabei ist für die Entwiklung dieses Betriebes noch Platz für weitere 12 Öfen vorhanden. Von dem gewaltigen Umfang der Produktion zeugt die Tatsache, daß im Berichtsjahre nicht weniger als 5 838 328 Stück Brot der verschiedensten Art gebacken worden sind, was einer Summe von 2 907 935,01 Mk. entspricht. Hinzu kommt noch die Herstellung für 298 458,60 Mk. Kuchen. Insgesamt belief sich der Umsatz auf 3 206 393,61 Mk. oder 18,45 Proz. mehr als im Vorjahre. Die Genossenschaft verfügt noch über eine Konditorei, eine Mineralwasserfabrik, eine Kaffeerösterei, eine Butterei, eine Kraftzentrale und verschiedene Nebenbetriebe, darunter die Schlosserei, die Tischlerei-Reparaturwerkstatt und die Wäscherei.

An Personal wurden insgesamt 1277 Personen, 470 männliche und 807 weibliche beschäftigt, deren Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt sind.

Ein Beweis steigenden Vertrauens zur Genossenschaft liefert die Sparkasse. Wohl waren die Einzahlungen in Anbetracht des ungunstigen Wirtschaftslebens bei weitem nicht so hohe wie im vorigen Jahre. Während noch im vorigen Jahre eine Steigerung der Einzahlungen von 70 Proz. zu verzeichnen war, kann in diesem Jahre nur über eine solche von 15,3 Proz. berichtet werden. Dagegen sind Zweifellos durch die wirtschaftliche Notlage die Auszahlungen um zirka 70 Proz. gegenüber dem Vorjahre gestiegen. Der Bestand der Sparkasseneinlagen belief sich am 30. Juni 1914 auf 5 383 836,80 Mk. gegenüber 3 820 529,29 Mk. des Vorjahres.

Den Kriegserreignissen vorausgreifend, erwähnt der Bericht, daß Ende Juli 1914 auch auf die Sparkasse der Genossenschaft ein Ansturm eingestiegen habe. Derselbe habe aber nur eine Woche gedauert. Allein vom 27. Juli bis 8. August sind zirka eine Viertelmillion Mark ausgehört worden.

Nicht ohne Interesse ist die Berufsausgehörigkeit der Genossenschaftsmitglieder. Aus der aufgestellten Tabelle geht hervor, daß die in gewerblichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen gewissermaßen die Träger der Konsumgenossenschaft sind. Ihre Zahl beträgt allein 50 068 männliche und 34 140 weibliche Mitglieder. Selbständige Gewerbetreibende sind 1488, Angehörige der freien Berufe 534, in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigte Arbeiter 32 und Personen ohne bestimmten Beruf 252 als Mitglieder vorhanden.

Ohne Zweifel bringt der gegenwärtige Krieg nicht nur für die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse, sondern auch für die Konsumgenossenschaften eine Zeit schwerster Prüfung. Aus den in der Einleitung bereits angeführten Gründen glauben wir jedoch, daß es den Konsumgenossenschaften gelingen wird, zum Wohle der wirtschaftlich Schwachen diese Periode ungehindert zu überwinden. Das kann allerdings nur möglich sein, wenn die Mitgliedschaft nicht nur ihrem eigenen Unternehmen die Treue bewahrt, ihren Bedarf im eigenen Geschäft deckt, sondern auch an dem weiteren Ausbau der Konsumgenossenschaft tätigen Anteil nimmt.

Volksbildung und Krieg.

In den Tagen, da die Menschheit unter dem ersten aufwühlenden Eindruck des kriegerischen Zusammenstoßes der größten Weltmächte der Welt stand, schien es einen Augenblick, als sei alle Arbeit für die kulturelle Fortentwicklung der Nationen zur Ruhe und zum Schweigen verdammt. In den Köpfen lebte nur ein Gedanke: der Krieg! Niemand glaubte, daß die Erregung, die angeht des Krieges die Menschheit durchzitterte, Raum und Ruhe lassen würde für künstlerisches Genießen und wissenschaftliche Fortbildung der Masse des Volkes. Die Museen wurden geschlossen, der Schulunterricht schien in Frage gestellt und an die populäre Vortragsliteratur, das wissenschaftliche Volkswesen, dachte kein Mensch. Diese Arbeit ist so ganz Friedensarbeit, daß niemand magte, ihre Existenzmöglichkeit in der rauhen Luft der Kriegszeit zuzutragen. Und doch hat sie mehr als manches andere den glücklichen Ausgang des Krieges vorbereitet helfen, denn ein intelligentes, geistig freies und hochstehendes Volk wird auch im Felde schwer zu überwinden sein. Ferner ist zu bedenken, daß es ein Jenseits des Krieges geben wird, in dem die Menschheitsentwicklung wieder die ruhigen Bahnen friedlichen Wirtschaftslebens wandeln muß. Dann wird es viel, viel aufzubauen und neu zu ordnen geben, und bei dieser Tätigkeit wird die geistige Kraft des Volkes von größter Wichtigkeit sein. Es gilt, sie dafür zu erhalten und zu festigen. Aus dem Kriege und aus seinen Folgen werden den Nationen für ihr zukünftiges Leben tausend Fragen und Aufgaben erwachsen, die leichter gelöst werden können, wenn wir schon die Kriegszeit benutzen, um sie vorzubereiten. Zu dieser Arbeit, die eine streng wissenschaftliche sein muß, sollte das ganze Volk herangezogen werden, das ja auch am Kriege selbst in allen seinen Schichten unterschiedlos Anteil nimmt.

Es wurden denn auch bald Stimmen in der Öffentlichkeit laut, die vor einer Einstellung der Kulturarbeit warnten und sogar einen Ausbau der Volkswirtschaft auf allen Gebieten gerade im Hinblick auf den Krieg forderten. Die Masse der Bevölkerung gewöhnte sich auch allmählich an die neue Situation, und die Stimmung wurde ernster, und der ersten Aufregung folgte eine Beruhigung der Gemüter und eine Sammlung der Kräfte.

Und so schieden sich denn alle für das wissenschaftliche Volksbildungswesen tätigen Institute an ihre Pforten zu öffnen. Jedes arbeitete, wie die Lehrpläne und Lehrerkollegien zeigen, im Rahmen der besonderen Weltanschauung und mit der wissenschaftlichen Forschungsmethode, der es auch vor dem Kriege zuneigte. Die Verschiedenheit der wissenschaftlichen Weltanschauungen, dieser wichtige Ansporn für den Fortschritt der Forschung, zeigt, daß sie ihr Daseinsrecht auch im Kriege hat.

Alle Unterrichtsprogramme aber suchen in den Stoffgebieten, deren Behandlung sie anfündigen, Beziehungen zu den durch den Krieg lebendig gewordenen Gedanken.

So finden wir z. B. im Lehrplan der Freien Hochschule die Ankündigung folgender Vortragsreihen: „Der Krieg und das Bevölkerungsproblem“, „Krieg und Volkswirtschaft“, „Der Krieg und die Bibel“ und „Der moderne Zahlungsverkehr im Kriege“. Ähnlich sieht das Programm des Vereins für völkstümliche Kurse von Berliner Hochschule aus. Es enthält Kurse wie: „England vor dem Kriege“, „Philosophie des Krieges“ und „Der Krieg und die von ihm geschaffene Kunst“. Das gleiche Ausschreiben hat der Unterrichtsplan der Humboldt-Akademie.

Neben diesen Instituten stand von jeher die Bildungsanstalt der organisierten Arbeiterklasse Berlins, die Arbeiterbildungsschule. Auch sie wird ihre Tätigkeit in einem etwas veränderten, den Forderungen des Tages angepaßten Gewande fortsetzen. Auch der Arbeiterschaft hat der Krieg neue Probleme gestellt, deren Lösung nicht nur für das Proletariat, sondern für die ganze Nation wertvoll ist, und zwar sowohl für die unmittelbare Gegenwart als auch für die Zukunft. So ist z. B. die Stellung der Gewerkschaften im Kriege eine Frage von größter nationaler Bedeutung. Die Gewerkschaften haben durch ihre auf Besserung der materiellen Lage der Arbeiter gerichtete Friedensarbeit ungeheuer viel zur Vorbereitung deutscher Siege und durch ihre klugen Maßnahmen nach Ausbruch des Krieges viel zur Aufrechterhaltung einer ruhigen Stimmung in der Bevölkerung beigetragen. Es ist darum wichtig, daß der hohe Wert dieser Kriegsarbeit der Gewerkschaften weiten Kreisen in ausführlichen Vorträgen dargelegt wird.

Der Krieg hat alle Fragen des Völkerechts aufgerollt, und es ist anzunehmen, daß er dem Völkerecht in der Zukunft neue Formen geben wird. Darum ist es für die politisch denkende Arbeiterschaft wichtig, die Entwicklung und Verfassung des Völkerechts in der Vergangenheit kennen zu lernen. Ebenso dürfte der vor unseren Augen sich abspielende gewaltigste aller Kriege großes Interesse für frühere Kriege hochrufen. Die Kenntnis des Verlaufes der vergangenen Kriege muß unser Verständnis für die gegenwärtigen kriegerischen Ereignisse erhöhen, weshalb die Vertiefung in — wie vom Standpunkte des historischen Materialismus betrachtet — Kriegsgeschichte für die Arbeiterschaft sehr bedeutungsvoll ist. Erforderlich für das Zurückfinden in der zukünftigen Gestaltung des Wirtschaftslebens der Völker, die durch den Krieg sicher beeinflusst wird, ist sodann die Vertrautheit mit der Entwicklung der Wirtschaftsformen der Vergangenheit.

Diese Gebiete werden in dem neuen Lehrplan der Arbeiterbildungsschule behandelt werden. Daneben wird die Schule den wissenschaftlichen Sozialismus und die Naturwissenschaften pflegen.

So sollen auch im wissenschaftlichen Bildungsinstitut der Berliner Arbeiter die Gebiete des Wissens erörtert werden, die durch den Weltkrieg in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt sind. In ihrem inneren Wesen wird die Schule aber auch mit ihrem neuen Lehrplan bleiben, was sie war, denn sie wird nach wie vor die wissenschaftlichen Probleme mit der Forschungsmethode des Sozialismus zu durchleuchten haben.

Aus Groß-Berlin.

Kriegsfürsorge der Landesversicherungsanstalt Berlin.

Von der Landesversicherung geht uns die nachstehende Zuschrift zu:

In der heute stattgehabten Sitzung des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt Berlin machte der Vorsitzende des Vorstandes, Landesrat Dr. Freund, Mitteilungen über die bisherige Durchführung der Kriegsfürsorge für arbeitslose Versicherte. Die Landesversicherungsanstalt Berlin nimmt sich vor allem der Familienväter und Familienmütter an, während ledige Personen grundsätzlich der Fürsorge durch die Stadtgemeinde Berlin unterliegen. Bis jetzt sind rund 13 000 Anträge bei der Landesversicherungsanstalt eingegangen, von denen der weitaus größte Teil mit über 9000 bewilligt wurde. Die zur Auszahlung kommende Unterstützungssumme beträgt wöchentlich 50—60 000 Mk. Die höchste Familienunterstützung wurde mit mehr als 80 Mk. monatlich festgesetzt. Für die Auszahlung der Unterstütlungen ist ein besonderes Lokal in der Schilderstraße gemietet, welches täglich von 9—1 Uhr geöffnet ist. Es hat nicht an Versuchen gefehlt, durch unwahre Angaben oder Verschweigung von Tatsachen die Unterstützung zu erlangen. Sind doch Fälle vorgekommen, wo dieselbe Person an verschiedenen Tagen bei derselben Unterstützungscommission den Antrag stellte. Mit Genugtuung kann festgestellt werden, daß etwa 700 Personen, denen bereits Unterstützung bewilligt war, freiwillig auf dieselbe verzichteten, weil sie inzwischen Arbeit gefunden hatten. Auf der andern Seite haben zahlreiche Personen, denen Arbeitslosenunterstützung gewährt wird, die Annahme von Arbeit nach außerhalb abgelehnt. Diesen Personen ist natürlich die Verschweigung der Arbeitslosigkeit durch den Arbeitsnachweis versagt worden, so daß die Arbeitslosenunterstützung in Wegfall kommt. Nachdem der erste Anhang zu der Arbeitslosenunterstützung vorüber ist, sind die Arbeiten jetzt so gefördert worden, daß über jeden Antrag am Tage des Eingangs desselben entschieden werden kann.

Zu dieser Zuschrift möchten wir bemerken, daß auch wir der Meinung sind, daß die Antragsteller gewissenhafte und sachgemäße Angaben machen müssen. Das liegt im allgemeinen Interesse und erleichtert die Erledigung der Gesuche. Wenn aber die Prüfung statgefunden hat, wie das durch die eingesetzten Kommissionen geschieht, und die Anträge werden der Landesversicherung nach dieser Prüfung überwiesen, so müßte man doch meinen, daß alle Voraussetzungen für eine schnelle Erledigung im Sinne der Antragsteller gegeben sind. Das war um so mehr zu erwarten, als in diesen Prüfungskommissionen auch Vertrauenspersonen der Landesversicherung sitzen. Es herrscht jetzt in diesen Kommissionen, die ihre Tätigkeit doch ehrenamtlich ausüben, ein großer Unwille über die Landesversicherungsanstalt, der nur beseitigt werden kann, wenn nach den Gesichtspunkten verfahren wird, die der Vorsitzende der Landesversicherungsanstalt Dr. Freund in der ersten Sitzung des Vorstandes aufgestellt hat. Nicht darum handelt es sich, Personen Unterstützung zuzuwenden, die ihrer nicht bedürftig sind, sondern darum, der Bedürftigkeit schnelle und reichliche Hilfe zu gewähren. Gerade wenn unser Volk in der jetzigen Zeit vor Unterernährung bewahrt wird, wird es nach dem Kriege um so eher in der Lage sein, mit allen Kräften wieder an die Arbeit gehen zu können und die Wunden zu heilen, die ein Krieg dem Wirtschaftsleben schlägt.

Es ist allseitig mit großer Freude begrüßt worden, daß auch die Landesversicherung der Stadt Berlin einen Weg gefunden hat, in der jetzigen Zeit mit ihren reichen Mitteln helfend einzugreifen. Möge dafür gesorgt werden, daß diese Hilfe auch eine wirksame werde.

Die Dienstanweisung für die Gemeindefchulrektoren

Ist von der Berliner Schuldeputation neu aufgestellt und so von dem Provinzial-Schulkollegium genehmigt worden. Einiges daraus dürfte in weiteren Kreisen, vor allem bei den Eltern, die für ihre Kinder auf die Benutzung der Volksschule angewiesen sind, Beachtung verdienen.

An der Spitze steht als § 1 die folgende Zweckbestimmung unserer Volksschule:

„Die Gemeindefchulen sollen lebendige Gottesfurcht und Vaterlandliebe in die Herzen der Kinder pflanzen, den Sinn für das Gute, Ehrle und Wohlstandliche in ihnen wecken, ihre geistigen und leiblichen Kräfte entwickeln und ihnen die Kenntnisse und Fertigkeiten mitteilen, die jedem gesunden Gliede unseres Volkes unentbehrlich sind.“

Bei der Uebertwachung der Regelmäßigkeit des Schulbesuchs und der Behandlung etwaiger Schulversäumnisse soll nach § 10 der Rektor so verfahren:

„Der Rektor wird vor Anwendung strengere Maßregeln durch ernste, aber freundliche Ermahnung und Belehrung der Eltern und Erzieher über den Schaden, den sie den Kindern durch Fernhalten vom Unterricht zufügen, dahin zu wirken suchen, daß unerschuldigte Schulversäumnisse, soweit irgend möglich, vermieden werden. Weiblen seine Erinnerungen und Vorstellungen fruchtlos, so ist alsbald die Strafverfolgung auf dem vorgeschriebenen Wege einzuleiten.“

Zur Schulgucht sagt § 14:

„Die Strafe des Nachbleibens darf nur unter Aufsicht eines Lehrers und nach vorhergegangener Benachrichtigung der Eltern stattfinden. Der Rektor muß dahin wirken, daß die wegen körperlicher Mängel ergangenen Ministerialerlasse vom 3. April 1888, vom 22. Oktober 1888 und 19. Januar 1900 genau befolgt werden.“

Der Ministerialerlass vom 3. April 1888 hob frühere Verfügungen auf, die dem Schlichtungszweck hinsichtlich Art oder Maß der Ausübung enger Grenzen zogen, als die Befehle setzten. Er mahnte aber zu rechtem Gebrauch der gewährten Freiheit und drohte für Mißgriffe strenge disziplinarische Abndung an. De-

Ministerialerlass vom 10. Januar 1900 erinnerte, daß Uebertretung oder unangemessene Anwendung des Nichtigungsrechts nicht auf milde Beurteilung zu rechnen hätten. Er sprach die Erwartung aus, daß alle mit der Schulaufsicht oder Schulleitung betrauten Personen auf maßvolle Handhabung des nur für Ausnahmefälle bestimmten Nichtigungsrechtes ihr stetes Augenmerk richten und jedem Mißbrauch unmissverständlich entgegenzutreten würden.

Auch auf das Verhalten der Kinder außerhalb der Schule soll nach § 15 der Rektor „im Interesse der guten Sitte und des öffentlichen Wohles“ einzuwirken suchen, durch Ermahnungen und bei Uebertretung durch Strafe. Zu den ernstesten Verfehlungen wird gesagt:

Wenn Kinder wegen Vergehen oder Verbrechen nicht strafrechtlich verfolgt werden, so bewirkt der Rektor auf Anordnung des Kreisinspektors die Verstrafung im Wege der Schulzucht und hat die Schuldeputation hierüber in Kenntnis zu setzen. Falls weitere Maßnahmen der Fürsorge in Frage kommen, hat er auf dem vorgeschriebenen Dienstwege bei der Schuldeputation entsprechende Anträge zu stellen.

Vom Verhältnis zwischen Schule und Haus handelt § 16:

Bei Vergehenden der Eltern über einen Lehrer ermittelt der Rektor den Sachverhalt unter Wahrung des dem Lehrer gebührenden Ansehens und erstrebt die gütliche Beilegung der Sache. Sind seine Bemühungen ohne Erfolg, so übergibt er die Vergehende dem Kreisinspektor zur weiteren Veranlassung. Wenn ein Lehrer von Angehörigen eines Schulkindes beleidigt ist, so stellt der Rektor den Tatbestand fest; kann die Sache durch Verhandlung mit dem Beteiligten nicht erledigt werden, so ist der Schuldeputation Anzeige zu erstatten.

Wichtig bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Schule und Haus alle Beteiligten nach Kräfte dafür sorgen, daß — dieser Wunsch ist im „Vorwärts“ oft genug ausgesprochen worden — nicht Staatsanwalt und Strafrichter das letzte Wort haben!

Berlins Verjagung auf dem Wasserwege.

Auf den märkischen Wasserstraßen dürfen nur Schiffe verkehren, die nicht über 65 Meter lang und nicht über 8 Meter breit sind. Vor einiger Zeit traf in Rathenow ein Dampfer ein, der 8,55 Meter breit war. Er hatte 180 Schweine und 15 Kälber für Berlin an Bord. Ausnahmsweise wurde diesem Schiffe mit Rücksicht auf seine Ladung die Weiterfahrt nach der Reichshauptstadt gestattet, jedoch nur auf eigene Gefahr für Schiff und Ladung. Für die Zukunft sollen aber solche Fahrzeuge nicht mehr zugelassen werden, um die Gefahr einer Verstopfung von der wichtigen Havelwasserstraße fernzuhalten.

Konfektions-Notarbeit.

Die vom Ausschuss für Konfektions-Notarbeit am 9. v. Mts. in der Rose n. Nr. 9/13 eröffnete Arbeitsausgabestelle hat nach ihrem ersten Monatsbericht bisher bereits 2200 infolge des Kriegs arbeitslos gewordene Konfektionsarbeiterinnen als ständige Arbeiterinnen einstellen können. In diese sind in dem abgelaufenen vierwöchigen Zeitraum bereits über 55 000 M. an Löhnen gezahlt worden, die den am meisten Bedürftigen zugute gekommen sind, da der Ausschuss solchen Arbeiterinnen Beschäftigung gewährt, die nicht schon infolge der Einberufung des Mannes zur Fahne, aus Mitteln des Reichs und der Gemeinden Kriegszustellung beziehen. In der vom Ausschuss am 20. v. M. in der Stralauer Str. 3/6 eröffneten Ausgabestelle für Handstrickerei von Strümpfen erhalten ferner bereits mehr als 800 bedürftige Frauen und Mädchen ständige Beschäftigung mit dem Stricken von Strümpfen, Fußwärmern und Leibbinden zu angemessenen Löhnen. In beiden Stellen hat außerdem eine größere Zahl infolge des Kriegs arbeitslos gewordener kaufmännischer und gewerblicher Angestellte regelmäßige Beschäftigung gefunden. Der Ausschuss beabsichtigt, sobald der infolge des Krieges erschwerte Weg der Rohstoffe dies gestattet und durch regelmäßigen Eingang der erheblichen, bei der Industrie bestellten Warenmengen Gewähr dafür gegeben ist, daß die neu anzunehmenden Arbeitskräfte ständig beschäftigt werden können, unter wesentlicher Vermehrung der Arbeiterzahl noch weitere Arbeitsausgabestellen einzurichten.

Kriegsteilnehmer und Umzug.

Kürzlich brachten wir die Mitteilung, daß die Angehörigen von Kriegsteilnehmern, die beim Umzug ihren Wohnsitz nach einer anderen Gemeinde verlegt haben, nur noch die staatliche Kriegszustellung erhalten, da sowohl die alte wie die neue Wohnsitzgemeinde sich weigern, den kommunalen Zuschlag von 100 Prozent weiter zu zahlen. In diese Mitteilung schlopfen wir die Hoffnung, daß es den Gemeinden die 100 Prozent Zuschlag zahlen, leicht sein würde, aber die fernere Fortzahlung eine Verständigung zu erzielen.

Leider hat sich unsere Hoffnung nicht erfüllt, denn wie wir hören, sollen die Gemeinden es abgelehnt haben, den Zuschlag für die Umgezogenen weiter zu zahlen. Ist das der Fall, dann besteht nur noch die Hoffnung, daß das Generalkommando — bei dem ebenfalls darüber Beschwerde geführt wurde — die Gemeinden an ihre Pflicht erinnert. Aber hier tut schnelle Hilfe not, um die Frauen der Eingezogenen nicht ganz der Verzweiflung zu überlassen, denn es wird niemand behaupten wollen, daß eine Frau von einer monatlichen Unterstützung von 9 M. leben könne. Und es dürfte auch sicherlich nicht die Kriegsfreude der kämpfenden Männer erhöhen, wenn sie erfahren, daß ihre Angehörigen hier Not leiden müssen, weil sich die Gemeinden nicht verständigen können.

Ein Krieger-Friedhof in Köpenick. Im Weichbilde der Stadt Köpenick soll ein neuer Friedhof errichtet werden, der ausschließlich für Kriegsteilnehmer bestimmt ist. Zwischen der Stadtverwaltung und der Stadtkirchengemeinde schweben bereits Verhandlungen über eine gemeinsame Beteiligung an der Verwirklichung des Planes. Danach gibt die Stadt Köpenick einen ihr gehörigen Teil des Friedhofgeländes an der Rudower Straße unentgeltlich her und die Kirchengemeinde verzichtet auf Gebühren. Der neue Friedhof soll dazu dienen, daß verstorbenen Kriegern ein würdiges Begräbnis zuteil wird. Die Köpenicker Stadtvorordnetenversammlung wird sich bereits in der nächsten Sitzung mit einem entsprechenden Dringlichkeitsantrage des Magistrats beschäftigen.

Das Varieté und die Artisten.

Im Hinblick auf den Kriegszustand sind an verschiedenen Orten Deutschlands Verordnungen oder Verfügungen ergangen, die den Betrieb von Spezialitäten-theatern und ähnlichen Unternehmungen völlig lahmlegen; auch werden manche dieser Verordnungen, die lediglich verlangen, daß in Betrieben, die aus § 33a Konfessionsfrei sind, die Darbietungen „dem Ernste der Zeit Rechnung tragen“, häufig so interpretiert, daß den Unternehmern praktisch keine Möglichkeit bleibt, Vorstellungen überhaupt zu geben. Die internationale Artistenloge sieht sich veranlaßt, folgendes darzulegen:

Es wird auch unsererseits zugegeben, daß Varieté- und Zirkusvorstellungen dem Ernste der Zeit Rechnung tragen müssen. Aber dieser Appell an das Taktgefühl der Unternehmer darf doch wohl nicht dazu führen, daß bei der gegenwärtigen Lage der an sich schwer gepöhlte Artistenstand und die Unternehmer jeder Gewerkschaftsmöglichkeit beraubt werden. Wenn heute an Indigenz grenzende Darbietungen, schlüpfrige Vorträge, zweideutige Couplets nicht gestattet werden, so muß das gebilligt werden. Wenn russische Tänze, französische Chansons, englische Sportakte verboten werden,

so ist das verständlich. Wenn aber überhaupt jede heitere oder humoristische Darbietung, jedwede harmlose Komik, alle Tanzproduktionen ohne Unterschied einfach untersagt werden, so glauben wir, daß derartige Maßnahmen trotz des Ernstes der Zeit zu weit gehen. Wir glauben auch nicht unpatriotisch zu sein, wenn wir annehmen, daß das Verlangen mancher Behörde, die Veranstaltungen mühten einen durchweg patriotischen Charakter tragen, um die Billigung des Zensors zu finden, nicht nur zu unnötigen Härten führt, sondern auch keineswegs die beabsichtigte Wirkung erzielt, die vaterländische Gesinnung zu fördern.

Das deutsche Volk trägt mit einem Opfermut sondergleichen die Schwere der Zeit. Um aber die geistige Spannkraft und die Lebensfrische des Volkes mit allen Kräften zu erhalten, muß auch Gelegenheit gegeben sein, die Spannung zu unterbrechen. Es muß möglich sein, auch andere Gedanken zu fassen als nur die mit dem Krieg zusammenhängenden, um das seelische Gleichgewicht herzustellen. . . . Es muß auch Stunden geben, wo das Vergessen seine heilsame Kraft und Wirkung ausüben kann. Es ist durchaus nicht unpatriotisch und gefühllos, sondern kann geradezu als ein Zeichen der Widerstandskraft und des Vertrauens unseres Volkes auf die Zukunft angesehen werden, daß es sich von niederdrückenden Stimmungen durch harmlose Zerstreuung, durch ablenkende Unterhaltung, durch heiteren Frohsinn von Zeit zu Zeit loszulösen vermag.

Aus diesen Gründen muß auch den Künsten harmlosen Frohsinns Raum gegeben werden; dem gesunden Humor, der frischen aufmunternden Heiterkeit, selbst der wihigen Groteskerie und der exzentrischen Komik muß ihre Berechtigung auch heute in erster Zeit zugestanden werden. Auch der Tanz, soweit es sich um Kunsttänze, Epiken, Ballett-, Tanz-, Spiegel-, Licht-, und dergl. handelt, gehört unseres Erachtens mit zu den Darbietungen, die selbst der heutigen Zeit trotz ihres Ernstes Rechnung tragen.

Aber auch vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus ist die völlige Unterbindung der Varietévorstellungen mehr als bedenklich. Nicht nur wird die Anzahl der Arbeitslosen durch die unbeschäftigten Artisten, Musiker, technischen Personal, Kontrolleure, Kellner usw. vermehrt und die Unternehmer mit ihren Unterpächtern, sowie die Hausbesitzer, ebenso die Engagementsvermittler empfindlich geschädigt, sondern auch die vielen kleinen und großen Industriezweige, die für die Bedürfnisse des Varietés arbeiten und produzieren, werden in Mitleidenhaft gezogen.

Die deutsche Artistenchaft ist an sich, gerade infolge der Internationalität ihres Berufes, schwerer getroffen als andere Berufe. Hunderte von Artisten sind fluchtartig unter Zurücklassung ihrer Requisiten und Apparate und oft nicht einmal mit heiler Haut aus Feindesland zurückgekehrt und sind nun subsistenzlos und ohne Arbeitsgerät auf deutschem Boden.

Aus diesen Erwägungen heraus bitten die Artisten, von außerordentlichen Maßnahmen soweit als irgend möglich abzusehen und Zirkus- oder Varietévorstellungen, die sich im angemessenen Rahmen halten, einschließlich heiterer und Tanzdarbietungen nicht zu untersagen oder unmöglich zu machen.

Aus der Dahme gefandelt wurde Donnerstag in der Nähe des Sportdenkmals bei Grünau die Leiche einer unbekanntem Frau von etwa 50 Jahren. Die tote ist 1,55 Meter groß, hat ergrautes Haar und trug einen dunklen Rock, eine weißgestreifte Bluse und einen schwarzen Gürtel.

Auf Weigen hat es ein Schwindler abgesehen, der in den letzten Tagen an drei verschiedenen Stellen mit Erfolg aufgetreten ist. Er spricht Schüler an und bietet sie, ihm aus einem näher bezeichneten Hause einen kleinen Koffer herunterzuholen. Wenn sich die Knaben weigern, so nimmt er ihnen kurzerhand Weigenlasten und Notenmappe aus der Hand, sagt, sie sollen schnell machen, er würde solange warten und ihnen auch ein Trinkgeld geben. Eingelichtert kommen die Schüler auch seinem Verlangen nach, um näher die Entdeckung zu machen, daß sie einem Schwindler ins Garn gegangen sind, der unterdessen mit der Weige verschwunden ist. Nachdem der Gauner auf diese Weise in Neufölln und in der Simplonstraße zwei gute Weigen nebst Kästen erbeutet hatte, fiel ihm gestern wieder in der Uckerstraße eine Violine in die Hände. Der gefährliche Schwindler, der sein Treiben noch weiter fortsetzen dürfte, wird eifrig von der Kriminalpolizei gesucht.

Volkstunfeste.

Der Verband der Freien Volkstheatern veranstaltet heute, Sonnabend, den 10. Oktober, in Berlin in folgenden vier Schulhäusern seine bekannten Volkstunfeste:

1. Klosterstraße 4, Gymnasium zum Grauen Kloster,
2. Panitzstraße 19, Lessing-Gymnasium,
3. Dreßdener Straße 113, Luisenstädtische Oberrealschule,
4. Poststraße 44/46, Königsstädtische Oberrealschule.

In den Vororten finden am Sonnabend, den 10. Oktober, ebenfalls vier Volkstunfeste statt, und zwar in Charlottenburg: Königin-Luise-Schule, Dandelmannstraße 66; Neufölln: Realschule in der Pöddingstraße; Tegel: Oberrealschule am Bahnhofs; Schöneberg: in der Aula der Hohenzollern-Schule, Belgischer Straße Ecke Eisenacher Straße; Eintrittskarten sind zu haben: in den Konsumläden Apostel-Bauhaus-Straße 40, Sedanstraße 81, Restaurant Jettlich, Sedanstraße 60, Jürgen, Barbosstraße 5a, Expedition, Martin-Luther-Straße 69, beim Genossen Herter, Brunnenstraße 30 und beim Schindler.

Der Eintrittspreis beträgt überall 10 Pf. Beginn 8 Uhr.

Ein Kunstabend fand am Sonntag, den 4. Oktober, im Gewerkschaftshaus statt, der diesen Namen sehr zu Unrecht führte, wie einige Aufschriften, die uns aus Leserkreisen zugehen, zeigen. Die Darbietungen der Mitwirkenden hatten in Wahrheit mit Kunst auch nicht das geringste zu tun. Zum Teil standen sie auf einem so niedrigen Niveau, daß sie eine starke Opposition im Publikum hervorriefen. Wir wissen nicht, wer für die Veranstaltung verantwortlich ist, möchten jedoch hervorheben, daß sie nicht mit den vom Verband der freien Volkstheatern eingerichteten Volkstunfesten verwechselt werden darf.

Streifenunfälle. An der Spandauer Brücke versuchte der Radfahrer Heinrich Dedmel kurz vor einem heranabenden Straßenbahnwagen der Linie 47 das Gleis zu kreuzen. Er geriet dabei gegen einen aus entgegengelegter Richtung kommenden Wagen der Linie 5, wurde umgestoßen und geriet unter den Schuprahmen. Der Verunglückte erlitt Quetschungen an der Brust, den Weinen und Händen und wurde von der von Postknoten der Beirgerufenen Feuerwehr nach dem Hedwigs-Krankenhaus gebracht. Zur gleichen Zeit — 2 Uhr nachmittags — ereignete sich ein Unfall in der Kaybachstraße. Dort wollte ein Herr Karl Kleiber einen Straßenbahnwagen der Linie 43 während der Fahrt besteigen, kam zu Fall und trug Quetschungen an der Brust und am Rücken davon. Der Verunglückte fand im Urban-Krankenhaus Aufnahme. Eine Verletzungsstörung trat in der ersten Nachmittagsstunde des Freitag im Norden ein. In der Müllerstraße war ein Wagen der Wirtschaftsgenossenschaft die Straße gebrochen und das Gefährt zertrümmert. Während der halbständigen Dauer der hierdurch verursachten Betriebsstörung wurden die Wagen der Linien 22, 25, 26, 28, 29, 45, 68 und 168 durch die Egerzierstraße abgelenkt.

Jugendveranstaltungen.

Für die arbeitende Jugend Berlin-Süd findet morgen Sonntag, abends 6 1/2 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule, Lindenstr. 3, IV. Hof III, ein geselliger Abend statt. Alle jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind dazu herzlich eingeladen. Eltern und Erwachsene sind willkommen.

Die Firma: J. Neumann Zigarren-Fabriken, Johannistr. 20/21, zahlt, wie uns nachträglich noch mitgeteilt wird, an die Angehörigen ihrer im Felde stehenden Angestellten und Arbeiter folgende Beträge:

Für die Angestellten 60—120 M. und für die Arbeiter bis 30 M. pro Monat.

Eine wohltätige Stiftung ist in Neufölln auf Anregung mehrerer Neuföllner Bürger gegründet worden. Aus der Stiftung sollen Witwen und Waisen gefallener Krieger, die zur Zeit des Feldzuges in Neufölln ansässig waren, unterstützt werden, solange sie in Neufölln wohnen bleiben. Wohlhabende Bürger haben für diese Stiftung schon große Summen gezeichnet.

Aus der Frauenbewegung. Die Frauen und die Parteiarbeit.

Genossinnen!

Sofort nach Ausbruch des Krieges hat der Parteivorstand in seinem Aufruf alle Parteimitglieder dringend ermahnt, der Organisation und der Parteipresse die Treue zu bewahren.

Diese Mahnung galt auch Euch, Genossinnen! Ja, sie galt und gilt noch heute Euch in besonderem Maße.

Überall hat der Krieg große Lücken in die Reihen unserer Organisationen gerissen. Lücken, die leider zum großen Teil nicht wieder gefüllt werden, weil viele der unfrischen den Tod auf dem Schlachtfeld erlitten haben und noch erliden werden. Unter den uns Entzehrten sind auch sehr viele Funktionäre; deren Aufgaben mit zu übernehmen und nach besten Kräften zu erfüllen, ist jetzt Eure Ehrenpflicht.

Da wird es an Bezirks- und Abteilungsleitern fehlen, an Kassierern und Hilfskassierern, an Personen, die die Einladungen zu den Sitzungen und Versammlungen verbreiten und was es immer sonst für Aufgaben im Dienste der Organisation zu erfüllen gibt.

Wo Beiträge nicht immer kassiert werden können, weil es den Mitgliedern an Mitteln fehlt, weil sie krank oder arbeitslos sind, da gilt es, die wertvollen persönlichen Beziehungen zu den Mitgliedern und zu den Frauen unserer im Felde stehenden Parteigenossen aufrecht zu erhalten, da gilt es, diesen Trost zuzusprechen, sie innerlich aufzurichten und ihren Blick hoffnungsvoll in die Zukunft zu lenken. Kurzum: Eine Fülle von Aufgaben harren Eurer.

Die sozialistischen Ideale, die lebendig sind in unserem Hirn und Herzen, werden uns die Kraft geben, neben dem großen und wichtigen Pflichtkreis, den uns die sozialen Hilfsaktionen allerorts auferlegen, unsere heiligen Aufgaben in der Parteioorganisation nicht zu vernachlässigen.

Unser treue Pflichterfüllung in schwerer Zeit wird in hohem Maße dazu beitragen, auch innerhalb unserer Organisationen den Geist der Solidarität mach und lebendig zu erhalten. Und könnte es wohl einen schöneren Dank an unsere im Kampfe fürs Vaterland stehenden Genossen geben, als wenn sie bei ihrer Rückkehr ihre Organisation, die Waffe zur Verwirklichung der Ideale des Sozialismus, unberührt wiederfinden? Deshalb Genossinnen, tut allerorts Eure Pflicht!

Luise Zieg.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaften und Militärbehörden.

Den wirtschaftlichen Sorgen der Arbeiterschaft hat wohl nie jemand ferner gestanden als die Leute, denen mit Ausbruch des Krieges neben der Kommandogewalt auch die über das Wohl und Wehe der Bürger anvertraut wurde. So mancher tüchtige Offizier hat sicher die Klagen über die sich aus dem gegenseitigen Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern für die letzteren ergebenden Nachteile für übertrieben oder gar für erfunden angesehen. Jetzt ist die Militärverwaltung im öffentlichen Interesse genötigt, diesen Klagen nachzugehen, und da ergibt sich in ungezählten Fällen die Notwendigkeit, zugunsten der benachteiligten Arbeiter einzugegreifen. Zum Spruchrohr für die einer Besserung ihrer Verhältnisse bedürftige Arbeiterschaft hat sich wie in Friedenszeiten schon auch in der Kriegszeit die Gewerkschaftsbewegung gemacht. Wo es sich um Arbeiten handelt, welche militärischen Zwecken dienen, ist der früher kaum denkbare Fall eines Verkehrs zwischen Gewerkschaftsleitungen und Militärbehörden vielfach beinahe zu etwas Natürlichem geworden. Aber auch mit anderen das Arbeitsverhältnis betreffenden Beschwerden mühten die Gewerkschaftsleitungen sich an die Kommandogewalt wenden.

So schrieb der Bergarbeiterverband an den stellvertretenden Generalkommandeur des 7. Armeekorps:

D o c h u m , 31. August 1914.

An Seine Erzellenz Herrn General der Kavallerie
Freiherr von Bissing,

stellvertretender Generalkommandeur des 7. Armeekorps
in P l u n i e r .

Leider setzen wir uns veranlaßt, Eurer Erzellenz einen ähnlichen Fall zu unterbreiten, wie er vor kurzem in der Militärwerkstätte in Lippstadt vorlag, zu dem Eurer Erzellenz in dankenswerter Weise durch öffentlichen Anschlag Stellung nahmen. Das veranlaßt auch uns, mit dem nachfolgenden Fall und vertrauensvoll an Eurer Erzellenz mit der Bitte zu wenden, auch den gemahregelten Vergleuten nach Möglichkeit helfen zu wollen.

Die Lippische Bergverwaltung hat sich schon vor zwei Jahren an den streikenden Vergleuten dadurch schwer gerächt, daß sie Hunderte von ihnen ausperrte. Diese mußten Haus und Hof verlassen und meist nach Westfalen auswandern. Jetzt sollen nun zwar ein Teil dieser Ausgesperrten „vorläufig“ zur Arbeit angenommen werden, aber ein Teil, jedenfalls diejenigen, welche Vertrauensleute ihrer Kameraden in unserem Bergbände waren, sollen auch jetzt noch gemahregelt und ausgesperrt bleiben. Die Verfügung der Lippischen Bergverwaltung lautet:

„Fürstlich Schaumburg-Lippische Hofammer.

No. 1. 3960. Bückeburg, den 18. August 1914.

In Verfolg des gefälligen Schreibens vom 10. d. M. teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß das Gesamtbergamt in Oberrhein Anweisung erhalten hat, bei der gegenwärtigen Lage, wo der politische Haber ruht und die Angehörigen jeder Partei Vaterlande zu helfen, die ausgesperrten Arbeiter nach Möglichkeit vorläufig zur Arbeit wieder anzunehmen, falls sie willens sind, in Zukunft treu zum Werke zu stehen. Ausgeschlossen von dieser Vergünstigung sollen nur solche Arbeiter werden, welche sich früher durch eine besondere Agitation gegen das Werk hervorgetan haben und von denen anzunehmen ist, daß sie nach ihrer Einstellung von neuem den Frieden zwischen dem Werk und seiner Belegschaft stören würden.

893: Freiherr v. Kappeler.

An Herrn Amtsgerichtsrat Dr. Brunstmann in Stadthagen.“ Das der erste Teil gut macht, stößt der letztere nicht nur um, sondern schafft neue Verbitterung, weil nicht nur die Vertrauensleute erstens als heftige Agitatoren hingestellt werden, sondern zweitens das „treu zum Werke stehen“ nur so zu verstehen ist, daß die Arbeiter von ihrem gesetzlich garantierten Organisationsrecht (§ 152 der Gewerbeordnung) keinen Gebrauch

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 46 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen: Inf.-Brig. Nr. 43, Stab; Garde-Gren.-Reg. Augusta; 4. Bat. der Garde-Inf.-Brig.; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 4; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 5, 18; Inf.-Regimenter Nr. 20, 22; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 22; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 23, 25; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 22; Inf.-Regimenter Nr. 36, 37, 38; Inf.-Reg. Nr. 43; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 48; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 49; Inf.-Reg. Nr. 57; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 58; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 59; Inf.-Reg. Nr. 71; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 72; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 75; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 81; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 84; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 88; Gren.-Reg. Nr. 89; Inf.-Reg. Nr. 95; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 98; Inf.-Regimenter Nr. 116, 129, 130, 144, 145, 152, 172; Inf.-Reg. v. Rath; Jäger-Bat. Nr. 8; Garde-Maschinengewehr-Abt. Nr. 2; 2. Garde-Dr.-Reg.; Dr.-Regimenter Nr. 6, 12; Leib-Dr.-Reg. Nr. 24; Leib-Gus.-Reg. Nr. 1; Ref.-Gus.-Reg. Nr. 2; Mänsen-Regimenter Nr. 12, 16; Jäger-Reg. zu Pferde Nr. 4; 13. Feldart.-Brig.-Stab; 1. und 2. Garde-Feldart.-Reg.; Feldart.-Regimenter Nr. 5, 6, 15, 22, 37, 42, 46, 54, 61, 80, 81, 83; Fußart.-Regimenter Nr. 4, 8; Ref.-Fußart.-Regimenter Nr. 8, 9, 14, 16; Fußart.-Reg. Nr. 20; Pion.-Bat. Nr. 1; 1. Pion.-Bat. Nr. 16; Ers.-Pion.-Bat. Nr. 19; Pion.-Bat. Nr. 30; 8. Inf.-Munitionskolonnen des 7. Armeekorps; Feldlazarett Nr. 7 des 9. Armeekorps.

Die Verlustliste Nr. 22 der bayerischen Armee enthält Verluste des 19. Infanterie-Regiments und des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 6. Die Verlustliste Nr. 25 der sächsischen Armee bringt Verluste der Infanterie-Regimenter Nr. 139, 177, 179.

Jugendveranstaltungen.

Brig.-Bandw. Sonntag, den 11. Oktober, Ausflug nach Lantshausen (Teilnahme an der Nachfeier der arbeitenden Jugend). Treffpunkt vormittags 9 Uhr vor den Idealbauten. Rückzugler treffen sich um 1 Uhr vor dem Rathaus. Die Teilnehmer des Skizzenausfluges treffen sich ebenfalls vormittags 9 Uhr vor den Idealbauten. Freitag, den 16. Oktober, Zusammenkunft im Lokal von Beder.

Eingegangene Druckschriften.

Merken des Lebens. Automobilfabriken von G. Haber, 3 B., geb. 3,50 M., geb. 4,50 M. Bromethens Verlagsgesellschaft, Berlin W. 30. Das Mietverhältnis im Kriege von G. Haberland, 24 S. H. Unser, Berlin C. 2. Die Welt der höheren Erkenntnis und der Heberzeugung von H. Einram, 184 S. Selbstverlag, Hamburg, Badenham 18. Der deutsche Krieg, 3. Heft, 50 Bl. Herausgegeben von G. Jachs, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart-Berlin. Das junge Deutschland und der große Krieg. Von E. Bonfels, 1 B., B. Schmidtung, München-Wien. Neueste Erfahrungen und Erfindungen, 11. Heft. Herausgegeben von Dr. L. Vanino, 70 Bl., H. Carlsson, Wien 1.

Wachstener. Künstlerblätter zum Kriege 1914. Wöchentlich ein Heft. Der Briefkrieg 1914. Von E. B. Kalkowsky. Heft 3 bis 6. Heft 10 Bl. Kaulinger, Berlin u. Leipzig. Kriegs-Chronik 1914. Nr. 1/2. Erscheint wöchentlich, 35 Bl. — G. Sternfeld, Leipzig. Russische Expansionspolitik, 1774—1914. Von Dr. F. Quadflieg, 4 B., J. Dammier, Berlin W. 30.

Wöchentlich-Quartalsbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthallen. (Ohne Verbindlichkeit.) Freitag, den 9. Oktober. Preis: Rindfleisch per 50 kg, Ochsenfleisch Ia 86—89, da. Ia 75—78, do. IIIa 63—73; Rindfleisch Ia 77—82, do. IIa 67—75; Rinde, seit 63—70, do. mager 60—65, Preiser 63—73, do. voll 55—63, Bullen, dan. 58—66. Rindfleisch: Doppelpender 115—125; Mastfäher Ia 85—90, do. IIa 65—84; Rinderger. gen. — Gammeleisch: Rindfleisch 85—88; Gammele Ia 80—84, do. IIa 77—80; Schale 74—85. Schweinefleisch 69—75. — Gemüße, inländisches: Kartoffeln, Daberische 50 kg 3,50—4,00; weiße Kartoffeln 3,50—4,00; Magnum bonum 3,50—4,00; Borste, Schod 0,60—0,80; Sellerie, Schod 3—5,00; Spinat 50 kg 8,00—10,00; Kohlraben 2,25—2,50; Bohnen 50 kg 15,00—25,00; Wachsbohnen 50 kg 15,00—20,00; Rosttrabi Schod 0,60—1,00; Birntrabi Schod 4,00—8,00; Birntrabi 50 kg 3,00—3,50; Weiztrabi Schod 3,00—7,00; Weiztrabi 50 kg 1,75—2,25; Rosttrabi, Schod 4,00—8,00; Rosttrabi 50 kg 3,50 bis 4,00; Kohlraben 50 kg 3,00—5,00; Teilmeyer Rind 50 kg 5—12; Blumenkohl, Erfurter, 100 St. 6,00—18,00; Rosenkohl 50 kg 22—25; Beerenstrich Schod 5,00—12,00; Petersilienmurgel Schodbund 1,00—3,00; Radieschen Schodbund 0,70—1,00; Salat Schod 2,00—3,00; Zwiebeln, 50 kg 6,00—7,00; Tomaten 50 kg 7,00—10,00; Pfefferlinge 50 kg 20,00—30,00; Champignons 50 kg 25,00—40,00; Gurken, Schod 1,25—2,50; Senfgurken, Schod 7,00—10,00; Eingegurken, Schod 0,60—1,50. Kürbis 50 kg 2,00—3,00.

Zeitungs-Ausgabestellen und Inseraten-Aannahme.

Zentrum: Albert Schmitt, Uferstr. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 11—12, und von 4 1/2—7 Uhr. 2. Wahlkreis: S. und SW.: Gustav Schmidt, Bäckerstr. 42, an der Guelternstraße. Geöffnet von 9—2 und von 4—7 Uhr. 3. Wahlkreis: St. Fr. 19. Ringstr. 31, Hof rechts part. Geöffnet von 11—12, und von 4 1/2—7 Uhr. 4. Wahlkreis: D. ten: Robert Wengels, Marktstr. 36. Geöffnet von 9—2 und von 4—7 Uhr. — Petersburgerplatz 4 (Baden). Geöffnet von 9—2 und von 4—7 Uhr. 4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Laufgerplatz 14/15. Geöffnet von 9—2 und von 4—7 Uhr. 5. Wahlkreis: Leo Buch, Immanuelstr. 12 (Hof). Geöffnet von 11—12, und von 4 1/2—7 Uhr. 6. Wahlkreis (Noabit): Salomon Joseph, Wilhelmshavenstr. 48. Geöffnet von 9—2 und von 4—7 Uhr. Wedding: A. Schmitt, Müllerstr. 34a Ecke Uferstr. Ecken, Baden. Geöffnet von 9—2 und von 4—7 Uhr. Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: R. Wolgast, Poststr. 9. Geöffnet von 9—2 und von 4—7 Uhr. Gesundbrunnen: Fischer, Solkanstr. 6, Baden. Geöffnet von 9—2 und von 4—7 Uhr. Schönhauser Vorstadt: Carl Marx, Oerfenshagener Str. 22. Geöffnet von 9—2 und von 4—7 Uhr. Adlershof: Carl Schwarze, Bismarckstr. 28. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. Alt-Glienicker: Wilhelm Dörre, Köpenicker Str. 6. Baumchulenberg: G. Hornig, Marienbader Str. 13, I. Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönow, Schönbuck und Buch: Friedrich Stöle, Wühlstr. 3, Baden. Bohndorf, Falkenberg und Falkenhorst: Paul Genf, Bohndorf, Genossenschaftshaus, Paradies. Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Eichenbäumler Str. 1. Geöffnet von 9—2 und von 4—7 Uhr. Eichwalde, Schmückwitz: Oskar Rable, Bismarckstr. 4. Etkner, Neu-Zittau: Emil Zwang, Scharnbergstr. 10. Fredersdorf-Petershagen, Eggersdorf: Ulfenwasser, Petershagen. Friedenanu, Steglitz, Südende, Groß-Lichterfelde, Lankwitz: G. Bernice, Nienstr. 5 in Steglitz. Geöffnet von 11—12, und von 4 1/2—7 Uhr. Friedrichshagen, Fichtenau, Bahndorf, Schöneiche, Kl.-Schönebeck: Ernst Westmann, Friedrichshagen, Köpenicker Straße 18. Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10. Johannisthal, Rudow: Max Gonschur, Poststr. 23. Karlshorst: Richard Hüter, Adelsstr. 9, II. Königs-Wusterhausen, Wildau, Niederlehma: Friedrich Saumann, Schönhoffstr. 2, Eingang Beckener Straße.

Köpenick: Emil Schiller, Sieberstr. 6, Baden. Geöffnet von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr. Lichtenberg, Friedrichsfelde, Hohenschönhausen: Otto Seifert, Gartenbergstraße 1 (Baden). Geöffnet von 8 1/2—2 und von 4 1/2—7 Uhr. Nahlisdorf, Kaulsdorf, Biesdorf: F. Heßberg, Raulsdorf, Ferdinandstraße 17. Mariendorf: August Reip, Hauptstr. 29. Mariensfelde: Emil Seixert, Berliner Str. 114 II. Neuenhagen, Hoppegarten: Gustav Bergmann, Wollstr. 3. Neukölln: R. Heinrich, Redarstr. 2, im Laden. Geöffnet von 9—2 und von 4—7 Uhr; Reußstr. 10, Hof, Siegfriedstraße 28/29. Geöffnet von 9—2 und von 4—7 Uhr. Nieder-Schöneweide: Wilhelm Hrusch, Brückenstr. 10, II. Nowawes: Wilhelm Sepp, Lutherstr. 2. Ober-Schöneweide: Alfred Baber, Wilhelmminnenhofstr. 17, Baden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. Pankow, Niederschönhausen, Nordend, Frz.-Buchholz, Blankenburg: Rismann, Nähnstr. 30. Geöffnet von 11—12, und von 4 1/2—7 Uhr. Reinickendorf - Ost, Wilhelmshagen und Schönholz: P. Guriß, Propingstr. 56, Baden. Geöffnet von 11—12, u. 4 1/2—7 Uhr. Rummelsburg, Boxhagen, Stralau: R. Rosenkranz, Altbörsen 36. Geöffnet von 11—12, und von 4 1/2—7 Uhr. Schenkendorf b. Königs-Bücherhagen: Chr. Danneberg, Dorfstr. 10. Schöneberg: Wilhelm Baumert, Karzin-Lutherstr. 69, im Laden. Geöffnet von 9—2 und von 4—7 Uhr. Spandau, Nonnendamm, Staaken, Seefeld und Falkenhagen: Röhpen, Breiterstr. 64. Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waidmannsdorf, Hermsdorf, Hohen-Neuendorf, Birkenwerder, Freie Scholle u. Reinickendorf-West: Paul Riens u. Borsigwalde, Hauptstraße 10. Geöffnet von 11—12, u. von 4 1/2—7 Uhr. Teltow: Wilhelm Bonow, Teltow, Berliner Str. 16. Tempelhof: Joh. Krohn, Borsigstr. 62. Treptow: Rob. Gramann, Reichholzstraße 412, Baden. Geöffnet von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends. Weißensee, Heinersdorf: R. Fuhrmann, Sedanstr. 106, part. Geöffnet von 11—12, und von 4 1/2—7 Uhr. Wilmersdorf, Halensee, Schmargendorf: Paul Schubert, Wilhelmstraße 21. Zeuthen, Niedersdorf: Ernst Hättig, Zeuthen, Niedersdorfer Str. 14.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert. Sonntags sind die Ausgabestellen geschlossen.

Für unsere Soldaten!

10% in bar oder 10% doppelte Rabattmarken 10% auf alle Militärbedarfsartikel trotz sehr billiger Preise!

- Normal-Hemden 2,95, 2,45, 1,65
Beinkleider gefüttert 3,25, 2,65, 1,95
Unterjacken u. Westen . 2,95, 3,75, 4,75
Leibbinden sehr preiswert . 1,95, 1,45, 95 Pl.
Ohrenschützer gestrickt 50 Pl.
Pulswärmer gestrickt Paar 75, 50 Pl.
Schweiß-Socken Paar 25, 35, 48 Pl.
Herren-Socken gestrickt, Paar 1,45, 95, 80 Pl.

Neuheit! Warme Militärweste „Antwerpen“ 5.45 Feldgrau, sehr preiswert!

Lungenschützer und Brustwärmer 1,45, 95 Pl.
Feldpostbriefe in jeder gewünschten Zusammenstellung und Preislage!

Wilhelm Joseph
Schöneberg Berlin
Haupt-Str. 163 | Großgörschenstr. 1

H. & P. Uder, Berlin SO. 16. Engel-Ufer 5.
Haupt-Niederlage der k. k. österr. Tabak-Regie.
Zigarren — Zigaretten — Rauchtabake.
Nur für Wiederverkäufer zu Originalpreisen.
Alleinverkauf der Fabrikate der Firma
F. J. Burrus St. Kreuz
Größte deutsche Rauchtabakfabrikation.
Jahresproduktion über 5 000 000 Pfd. Rauchtabake.
Zigaretten-Spezialität: L'Algerienne.

Klopfe mit Luft!
Teppich-Reinigung und sämtliche Nebenarbeiten*)
Staehr & Co.
Berlin S 42, Gitschiner Straße 80
Fernspr.: Amt Moritzplatz 216 u. 226.
*) Aufbewahrung. — Entmottung von Polstermöbeln. — Chemische Reinigung. — Kunststopferel. — Bettfedern-Reinigung.
Vaccuum-Entstaubung mit fahrbaren Apparaten.
Klopfe mit Luft!

Kriegspflichten!
Heiligste Pflicht der Arbeiter in diesen ersten Zeiten ist es, den von ihnen selbst geschaffenen Organisationen die Treue zu bewahren.
Ein jeder organisierte Arbeiter fülle in den Organisationen die durch den Krieg gerissenen Lücken aus; werbe nach besten Kräften für die Arbeiterorganisationen!
Haltet Treue, tretet ein in die sozialdemokratischen Wahlvereine, werdet Abonnenten des „Vorwärts“.
Beitrittserklärungen zu den Wahlvereinen werden entgegengenommen im Berliner Verbandsbureau, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 3. Hof, Aufg. IV, 3 Tr.
Bestellungen auf den „Vorwärts“ nehmen die Hauptexpedition, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, sowie alle Filialexpeditionen entgegen.

Kriegspflichten!
Heiligste Pflicht der Arbeiter in diesen ersten Zeiten ist es, den von ihnen selbst geschaffenen Organisationen die Treue zu bewahren.
Ein jeder organisierte Arbeiter fülle in den Organisationen die durch den Krieg gerissenen Lücken aus; werbe nach besten Kräften für die Arbeiterorganisationen!
Haltet Treue, tretet ein in die sozialdemokratischen Wahlvereine, werdet Abonnenten des „Vorwärts“.
Beitrittserklärungen zu den Wahlvereinen werden entgegengenommen im Berliner Verbandsbureau, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 3. Hof, Aufg. IV, 3 Tr.
Bestellungen auf den „Vorwärts“ nehmen die Hauptexpedition, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, sowie alle Filialexpeditionen entgegen.

Das Recht während des Krieges

Ein Büchlein, das Auskunft gibt:

über Familienunterstützung • Kaufverträge
Miete • Abzahlungsgeschäfte • Arbeitsvertrag • Familienrecht • Arbeitsversicherung
Angestelltenversicherung • Zahlungsrisiken
und viele andere Fragen, die das Rechtsverhältnis berühren.

Preis 30 Pf.

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3.

Oswald Naefe

Färberei u. Chemische Wäscherei

Fabrik: Britz Rudower Str. 34 Tel.: Nk. 208

Färben und Reinigen von Garderoben, Innendekorationen, Polstermöbeln usw.

Gardinen-Wäscherei, Mechan. Teppich-Schüttelwerk.

Kal. Bedienung. Bill. Preise. Abholung u. Zustellung kostenlos.

Filialen in Neukölln: Bergstr. 74, Bergstr. 161, Saalestraße 7, Kaiser-Friedrich-Str. 248 (Hermannplatz), Kaiser-Friedrich-Str. 82, Kaiser-Friedrich-Str. 195, Münchener Straße 36/37, Ecke Mainzer Straße, Steinmetzstr. 43, Friedelstraße 34, Knechtelstr. 119, Ecke Hermannstr., Weserstr. 16, Eniserstr. 16/17, Tempitzer Str. 103.

Berlin S.: Gräferstr. 82

Schöneberg: Goltzstr. 12, Sedanstr. 1, Akazienstr. 6, Hauptstr. 108.

Reuters Werke Heines Werke

3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

Feldbrief-Mappe

enthaltend 5 vorschriftsmäßig bedruckte
Feldpost-Briefumschläge nebst Briefbogen,
5 vorschriftsmäßig bedruckte Postkarten

Preis 10 Pf.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 3.

Krone-Briketts



Heizkräftig
Billig :-: Gut

Allgemein, Versoh.
R. Schellenberger, Café u. Café
Neukölln, Bergstraße 28/29.

Badeanstalt.
Lindenbad, Lindenstr. 109
Südseite, Friedrichstr. 111 u. 112.

Bäcker- u. Konditoreien
Bäckerei Nordstern
Inh. Gust. Müller
Friedrichstr. 111, Spandau

C. Anders
Friedrichstr. 111, Spandau

J. Homhardt
Friedrichstr. 111, Spandau

G. Droge
Friedrichstr. 111, Spandau

Erich Blumh, Falkstr. 12
Friedrichstr. 111, Spandau

Arthur P. Jochim, Schulstr. 90
Friedrichstr. 111, Spandau

Rob. Gallert, Knechtelstr. 33
Friedrichstr. 111, Spandau

A. Gemelhardt, Adalbertstr. 92
Friedrichstr. 111, Spandau

Herm. Hiltz, Thüringerstr. 17
Friedrichstr. 111, Spandau

Max Hasten, Kaiser-Friedrich-Str. 102
Friedrichstr. 111, Spandau

V. Klafki, Wissmannstraße 44
Friedrichstr. 111, Spandau

C. Krieckow, Wilhelmstr. 29
Friedrichstr. 111, Spandau

B. Krüger, Wilhelmstr. 29
Friedrichstr. 111, Spandau

Meseberg, Jahnstraße 10
Friedrichstr. 111, Spandau

O. Lehmann, Skalitzerstr. 95
Friedrichstr. 111, Spandau

Fritz Nagel, Mariendorfer-Str. 4
Friedrichstr. 111, Spandau

R. Radtke, N. Klein, Allee 27
Friedrichstr. 111, Spandau

Fritz Richter, Odenburgerstr. 17
Friedrichstr. 111, Spandau

Sensl Steywald, Mittenwalder-Str. 44
Friedrichstr. 111, Spandau

K. Walter, Kopenickerstr. 74
Friedrichstr. 111, Spandau

Otto Weirich, Köpenickerstr. 74
Friedrichstr. 111, Spandau

P. Wendt, Köpenickerpromenade 29
Friedrichstr. 111, Spandau

Beleuchtungsgegenst.

Neukölln, Beleuchtungsgegenst.
K. Leichner, Köpenickerstr. 69

Bettfedern

Berta Pfleifer
Wienerstr. 17
Laden

Butter, Eier, Käse

Gebr. Schulze
Hilberstraße
u. Bärwaldstr.

Cigarren und Tabaka

Chr. Erbe
Wiener Strasse 46
Tel. Moritzpl. 14770

Carl Gravel

Neukölln
Hilberstraße 20

Alois Klein

Cöpenickerstr. 136
Tel. Moritzpl. 10950

Fr. Krause

W. Salama, Berlinstr. 33, feine
Kuchen, Tel. in all. Preuss. u. Straß.

Schmitt, Wais, Friedrichstr. 50

Grüner
Str. 21

G. Stürzebecher

Hermannstr. 134
Köpenickerstr. 136

Johann Sauer

Adalbertstr. 25
Tel. Moritzpl. 11425

H. Schneider

Mariendorfer-Str. 2
Tel. Moritzpl. 11425

Wilke

Mariendorfer-Str. 2
Tel. Moritzpl. 11425

Cigaretten, Tröstel

Behel-Cigaretten
mit der roten Fabne
gesetzl. geschützt
überall zu haben.

Drogen und Farben

Alfr. Köpfig
Weberstraße 24
Pöppelberg

Alfr. Köpfig

Alfr. Köpfig
Weberstraße 24
Pöppelberg

Franz Meyer

Franz Meyer
Weberstraße 24
Pöppelberg

W. Ungerathen

W. Ungerathen
Weberstraße 24
Pöppelberg

B. Olsen

B. Olsen
Weberstraße 24
Pöppelberg

Fleisch- u. Wurstwaren

Rich. Gusinde
Oranienstraße 17
Fabrik feiner Wurst- u. Fleischw.

Rich. Gusinde

Rich. Gusinde
Oranienstraße 17
Fabrik feiner Wurst- u. Fleischw.

August Fenger

August Fenger
Oranienstraße 17
Fabrik feiner Wurst- u. Fleischw.

Rich. Grieger

Rich. Grieger
Oranienstraße 17
Fabrik feiner Wurst- u. Fleischw.

Edward Farrenkopf

Edward Farrenkopf
Oranienstraße 17
Fabrik feiner Wurst- u. Fleischw.

F. Pritsch

F. Pritsch
Oranienstraße 17
Fabrik feiner Wurst- u. Fleischw.

H. Kunert

H. Kunert
Oranienstraße 17
Fabrik feiner Wurst- u. Fleischw.

Helm. Matzker

Helm. Matzker
Oranienstraße 17
Fabrik feiner Wurst- u. Fleischw.

Paul Müller, Eriksenstr. 22

Paul Müller, Eriksenstr. 22
Oranienstraße 17
Fabrik feiner Wurst- u. Fleischw.

W. Dostreich, Bergmannstr. 22

W. Dostreich, Bergmannstr. 22
Oranienstraße 17
Fabrik feiner Wurst- u. Fleischw.

G. Repber

G. Repber
Oranienstraße 17
Fabrik feiner Wurst- u. Fleischw.

H. Reich, Schönleinstr. 13

H. Reich, Schönleinstr. 13
Oranienstraße 17
Fabrik feiner Wurst- u. Fleischw.

H. Schill

H. Schill
Oranienstraße 17
Fabrik feiner Wurst- u. Fleischw.

P. Schmidt

P. Schmidt
Oranienstraße 17
Fabrik feiner Wurst- u. Fleischw.

Dr. Scholz, Elogauer Str. 28

Dr. Scholz, Elogauer Str. 28
Oranienstraße 17
Fabrik feiner Wurst- u. Fleischw.

Wilh. Schulz, Grünauer Str. 2

Wilh. Schulz, Grünauer Str. 2
Oranienstraße 17
Fabrik feiner Wurst- u. Fleischw.

M. Skocypinski

M. Skocypinski
Oranienstraße 17
Fabrik feiner Wurst- u. Fleischw.

P. Steinke

P. Steinke
Oranienstraße 17
Fabrik feiner Wurst- u. Fleischw.

Erw. Ulbricht

Erw. Ulbricht
Oranienstraße 17
Fabrik feiner Wurst- u. Fleischw.

Emil Wengert

Emil Wengert
Oranienstraße 17
Fabrik feiner Wurst- u. Fleischw.

G. Ziekow

G. Ziekow
Oranienstraße 17
Fabrik feiner Wurst- u. Fleischw.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Süden

Erscheint wöchentlich
einmal
Untenstehende Geschäfte
empfehlen sich bei Einkäufen

Dentist

A. Kutzner
Friedrichstr. 30
Sprechstunde 9-7

Eisen-, Stahlw., Waffen

O. Alm
Kaiser-Friedrichstr. 6
Stahl-Haus, Köpenig.

Olto Jacob

Olto Jacob
Wangelstr. 18
Werkzeuge.

Albert Kniehase

Albert Kniehase
Skalitzer-
straße 45b.

Fahrräder, Nähmaschinen

H. Scheller & Co.
Fahrräder, Nähmaschinen
Spez.: Fahrrad, Nähmaschine billigst

O. Streblan

O. Streblan
Fahrr., u. Rep.
501, Neukölln, Hermannstr. 24

Gust. Wolf, Britz

Gust. Wolf, Britz
L. Geschäft Chaussee 39
H. Geschäft Redowestr. 39
Verk. erwlk. Markt, Teilschl. gest.

Fischhandlungen u. Fleischwaren

Bruno Fischau
Köpenick, Damm
Admiralstr. 4

W. Hepp

W. Hepp
Brückenstr. 52
Käse, u. Fleischwaren

M. Winkel

M. Winkel
Köpenick, Damm
Admiralstr. 4

Haus- u. Küchengeräte

G. Achtziger
Oberbaumstraße 10
Elektr. u. Holzger.

A. Örtner Nachf.

A. Örtner Nachf.
Niederschöneweide, Berlinstr. 127

Herrenartikel

E. Bellert, Prinzenstr. 31
Wrangel-Haus, Wrangelstr. 4
Ecke Sprauer Straße.

Herrengard.

Fr. Kling
Lützowstr. 51
Auch Stoffausgabe

Hüte und Herrenartikel

Hutaus Nord
Dresdenerstr. 52, 54, 56
handig, u. Kolonialw.

J. Winkel Zossenerstr. 28

J. Winkel
Zossenerstr. 28

Kaffee-Versand

Kaffee-Versand
Zossenerstr. 28

Lehranstalt.

Zur Selbstanfertigung ihrer
Garderobe erhalten Sie vor-
zügliche Anleitung ohne Vor-
kenntnis in **Lehranstalt**
Irmer, Neukölln
Kaiser-Friedrichstr. 201.
Ver. Back- u. Abend-Ernst.

Linoleum, Wachsstuche

H. Schönwald Nachf.
Köpenick, Damm
Admiralstr. 7.

Molkereien

F. Schneider
Molkerei u. Seltengeschäft
Neukölln, Richardstraße 102

Sandwich-Werkst.

Sandwich-Werkst.
Neukölln, Bergstr. 13
Füllungen: Ziegenkäse, 19,
Bodentier, 20, Weizstr. 42

H. Poppmann

H. Poppmann
Milk, Butter, Käse
Köpenickerstr. 4

Hermann Barden

Hermann Barden
Köpenick, Damm
Admiralstr. 4

Hilf Moritz, Knechtelstr. 33

Hilf Moritz, Knechtelstr. 33
Molk., Neukölln,
Schönefeld-Str. 12

A. Fahl

A. Fahl
Börsenstr. 18
Elektr. Batterien

Ernst Schär, Tempitzerstr. 109

Ernst Schär, Tempitzerstr. 109
S.-W. Nostitzstr. 52

Heinr. Sprenger

Heinr. Sprenger
S.-W. Nostitzstr. 52

Möbel-Fabr. u. Magazine

Gustav Böse, Tischlermeister
Lützow-Str. 28, an Oranienstr.

P. Lackmann

P. Lackmann
Friedrichstr. 1, J. 918, Oberstr.
Kleinerstr. 28, Köpenig.

A. Pfeifer

A. Pfeifer
Köpenickerstr. 4
u. Neukölln

Melgeschäfte für Herrenmoden

Rosenau
Köpenick, Damm
Admiralstr. 4

Wohndg., Kolonialwar.

Wohndg., Kolonialwar.
Adalbertstr. 92, 94, 96
handig, u. Kolonialw.

Joh. Pletsch, Weisenaustr. 97

Joh. Pletsch, Weisenaustr. 97
Köpenick, Damm
Admiralstr. 4

A. Schleinitz, Mariannenstr. 14

A. Schleinitz, Mariannenstr. 14
Köpenick, Damm
Admiralstr. 4

Seifen

Ernst Werner
Wrangelstr. 34
Seifen, Drogenartikel.

Greifenius

Greifenius
Mariendorfer-Str. 279.

W. Schälze

W. Schälze
Köpenickerstr. 33
Spez.: Seifengeschäft.

Stahlwaren

R. Brucklacher, Branienstr. 43

Uhren, Goldw.

M. Flügenschmidt
Optik, Trauringe u.
Reparatur, preisw.
Bergmannstr. 9

H. Arendt

H. Arendt
Köpenick, Bergstr. 3, Bei
Kant 9, Sabatt

O. Becker

O. Becker
Admiralstr. 18 u.
Köpenick, Damm
Admiralstr. 4

G. Goerke

G. Goerke
Köpenick, Damm
Admiralstr. 4

S. Feake

S. Feake
Köpenick, Damm
Admiralstr. 4

P. Heuser

P. Heuser
Köpenick, Damm
Admiralstr. 4

W. Lehmann

W. Lehmann
Köpenick, Damm
Admiralstr. 4

H. Schönemann

H. Schönemann
Köpenick, Damm
Admiralstr. 4

C. Schubert

C. Schubert
Köpenick, Damm
Admiralstr. 4

Vereinsartikel.

Sämtl. Art. f. Sommer- u. Wint.
Festl. Friseur, Gipsarbeiten, 194

Weine, Fruchtsäfte, Liköre

E. & M. Leydicke
Mantelstr. 56

Wild, Geflügel, Fische

Kraft & Groh
Belle Alliance - Ecke,
Groschenstraße 115, Beste
Qualität, Billigste Preise.

J. Lasnitzki

J. Lasnitzki
Köpenick, Damm
Admiralstr. 4

Königs-Wusterhaus.

Beckmann
Inh. Gust. Müller
Spez. Schreib-, Pap.,
Schloßstr. 4

Neukölln

Dampfwäscherei
= Sonnenlicht =<

wachen, also unserem Bergarbeiterverband nicht angehören sollen.

Das ist eine bittere Pille für die Bergleute, die selbst oder deren Söhne oder Verwandte jetzt im Felde stehen und sich treu und tapfer zeigen, wie es anders kaum gewünscht werden kann.

Wir wären Euch Ergelung sehr dankbar, wenn in dem oben genannten Falle, eine humanere Handhabung dieser Maßnahme erzielt und diese verbitternde Maßregelung der braven lippischen Bergleute zurückgenommen würde. Sie taten doch nur, was alle Bürger sonst für sich in Anspruch nehmen: sie organisierten sich, schlossen sich unserem Verbande an und machten, als ihnen ihr geringerer Lohn nicht entsprechend den Löhnen anderer Bergarbeiter erhöht wurde, von ihrem gesetzlich gewährleisteten Streikrecht Gebrauch. Dafür sollten sie nicht geächtet werden, wenigstens sollten sie jetzt bei dieser ersten Zeit durch Rücknahme all der Maßregelungen wieder als gleichberechtigt anerkannt werden, wie das Se. Majestät der Kaiser in seiner bekannten Ansprache vom Schloß in Berlin ausdrücklich gewünscht hat.

Um eine geneigte Berücksichtigung dieser unserer Eingabe bittend, zeichnet

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.

H. Sasse, Vorsitzender, Mitglied des Reichstags.

Darauf erhielt der Verband folgende Antwort:

VII. Armee-Korps.

Stellvert. General-Kommando.

Abt. I. d. Nr. 5703.

Münster, den 16. September 1914.

An den Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum.

Unter Bezugnahme auf Ihre Eingabe vom 31. 8. 1914 teile ich Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß die kaiserliche Schaumburg-Lippische Hofkammer auf meine Veranlassung hin verfügt hat, daß sämtliche feinerzeit aus Anlaß des Streiks ausgesperrten Bergarbeiter, soweit sie sich zur Arbeit melden und Platz für sie vorhanden ist, wieder eingestellt werden.

Der Kommandierende General.

gez. Frhr. v. Bissing, General der Kavallerie.

Berlin und Umgegend.

Die Lage der Putzmacher wurde in der am Donnerstag abgehaltenen Versammlung der Filiale Berlin des Putzmacherverbandes folgendermaßen dargestellt. Nach dem Ausbruch des Krieges trat eine so starke Geschäftsstodung ein, daß die Zahl der Arbeitslosen in der ersten Kriegswache 600 betrug und bis zur dritten Woche auf 817 stieg. Dann trat der Verband mit den Unternehmern in Verhandlung, um nach Möglichkeit Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Die Betriebe nahmen ihre Tätigkeit wieder auf, infolgedessen ging die Zahl der Arbeitslosen nach und nach zurück. Gegenwärtig sind noch 230 Arbeitslose (130 männliche und 100 weibliche) vorhanden. Die Arbeitslosen gehören meistens der Seidenweberei an. Die Betriebe dieser Branche sind wegen Mangel an Arbeit gänzlich geschlossen. So wie in Berlin ist die Lage in ganz Deutschland. — Anfangs gab die der Verband die statutenmäßigen Sätze der Arbeitslosenunterstützung. Später wurden dieselben herabgesetzt, um eine längere Dauer der Unterstützung zu ermöglichen, so daß jedes Mitglied, wenn auch noch länger als der im Statut vorgesehenen Zeit, die Gesamtsumme der statutenmäßigen Unterstützung erhalten kann. Dadurch wird also der Zeitpunkt der Aussteuerung hinausgeschoben. Im ganzen Reich hat der Verband bereits 100 000 M. Unterstützung ausgezahlt. Die Mitgliedszahl ist in Berlin von 1106 auf 1043 zurückgegangen. 78 von den Berliner Mitgliedern stehen beim Militär.

Eine Reihe von Unternehmern haben die Arbeitslosigkeit benutzt, um die Löhne zu kürzen. Eine Firma, die für ihre Ware nicht einen Pfennig weniger bekommt als früher, hat den Wochenlohn nach Ausbruch des Krieges um 5 M. herabgesetzt. Später, als die Arbeiter dieser Firma wieder voll beschäftigt wurden, beantragten sie, ihnen wieder den vollen Lohn zu zahlen. Darauf antwortete die Firma, die Arbeiter sollten sich schämen, in dieser Zeit den vollen Lohn zu verlangen. Die Arbeiter sind der entgegengekehrten Meinung.

Eine kürzlich abgehaltene Konferenz von Vertretern der größten Filialen des Verbandes hat beschlossen, daß die Unterstützungen in der bisherigen Weise weitergezahlt werden. Trotz der immer noch starken Arbeitslosigkeit können die Unterstützungen noch auf Monate hinaus gewährt werden, so daß jeder Arbeitslose die statutenmäßige Gesamtsumme der Unterstützung erhält. — Die Kassenstunden in den Betrieben, die in der Zeit der größten Arbeitslosigkeit aufgehoben waren, sind jetzt wieder eingeführt.

Deutsches Reich.

Der Bauarbeiterverband ist kein politischer Verein.

Als der Zweigverein Deutsch-Rasselwitz des Deutschen Bauarbeiterverbandes im Sommer ein Vergnügen veranstalten wollte, versagte die Polizeibehörde die Genehmigung, weil es sich um ein „öffentliches“ Vergnügen handelte. Als darauf ein geschlossenes Vereinsvergnügen angemeldet wurde, erhielt der Zweigverein eine Verfügung des Amtsvorstehers, wonach er gar kein Verein sein sollte, während der „Maurerverband“ (gemeint war der Deutsche Bauarbeiterverband, St. Hamburg) zweifellos ein politischer Verein sei. In der Verfügung hieß es:

„Sie geben in Ihrer Zuschrift an, daß unser Verein kein politischer Verein, sondern ein gewerkschaftlicher Verband“ sei. Daraus geht hervor, daß die von Ihnen vertretene Verbindung überhaupt kein Verein ist. Nach dem Inhalt des neuen Reichsvereinsgesetzes glaubt mancher nichtpolitische Verein, der Polizeibehörde die Befugnis abstreiten zu können, die Einreichung der Satzung zu verlangen. Jedoch mit Unrecht. Wohl verpflichtet das neue Gesetz zur Einreichung der Satzung nur solche Vereine, die eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezwecken. Aber trotzdem kann heute die Polizeibehörde auf Grund landesrechtlicher Vorschriften immer noch die Einreichung der Satzung von nichtpolitischen Vereinen fordern, selbst von reinen Geselligkeits- und Vergnügungsvereinen. Das von Ihnen überreichte Statut und Streikreglement ist für den Deutschen Bauarbeiterverband gültig. Als Satzung für einen Zweigverein Deutsch-Rasselwitz ist das Statut aber nicht anzusehen. Dieses Statut gilt für den Zentralverband der deutschen Maurer; dieser ist zweifellos eine Vereinigung zur Einwirkung auf staatliche Einrichtungen, also ein politischer Verein; denn das Gegenteil ist aus dem Verbandsstatut nicht ersichtlich. Die in der namentlichen Liste verzeichneten Personen sind offenbar nur Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes; daß Sie unter sich noch einen selbständigen Verein in Deutsch-Rasselwitz bilden, ist weder behauptet noch bewiesen.“

Gegen diese Verfügung legte der Vorsitzende des Rasselwitzer Zweigvereins Beschwerde bei den höheren Instanzen ein. Inzwischen kam nun der Krieg, der auch eine andere Kalkül in der Behandlung der Gewerkschaften durch die Behörden mit sich brachte. Schon am 12. August erhielt der Zweigvereinsvorsitzende auf dem Bureau der Ortsbehörde den von oben kommenden Bescheid, daß weder der Deutsche Bauarbeiterverband noch sein Zweigverein Deutsch-Rasselwitz ein politischer Verein sei. Der Vorsitzende hat darauf seine Beschwerde zurückgezogen.

Aus Industrie und Handel.

Aufhebung der Getreidezölle in Oesterreich-Ungarn.

Wien, 8. Oktober. (W. L. B.) Die Amtsblätter werden morgen in Wien und Budapest Bestimmungen betreffend die zeitweise Aufhebung der Zölle für Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und Mehlprodukte veröffentlichen. Die Bestimmungen treten sofort in Kraft.

Die Pariser Finanzen.

Paris, 8. Oktober. (W. L. B.) Dem „Lemps“ zufolge sind drei Pariser Stadträte in Bordeaux eingetroffen zwecks Beratung mit den Ministern wegen des riesigen Ausfalls in den Pariser Finanzen. Die Arbeitslosigkeit verursachte Ausgaben in Höhe von neun Millionen Frank monatlich, überdies wurden drei Millionen verausgabt für Frauen und Kinder Eingezogener, bevor der Staat eingriff. Seit August gingen zum Beispiel die Erträge aus Verbrauchsteuern und Otkoi um fast 60 Proz. zurück. Daher droht ein großes Defizit.

In der Sitzung der Pariser Handelskammer mit Vertretern von acht großen Syndikaten wurden Transport- und Verkehrsverhältnisse besprochen, besonders im Postdienst, und einmütig scharf kritisiert. Man sprach sich dahin aus, daß die Arbeitsmöglichkeiten vermehrt werden müßten, besonders für Verbrauchsgüter, wie Schuhwerk, Winterkleidung, Hemden, Strumpfwaren usw. Hinsichtlich der bisher größtenteils aus Deutschland kommenden pharmazeutischen Präparate wurde empfohlen, das Publikum auf die gleichen französischen und belgischen Artikel hinzuweisen, jedoch nicht zu Mitteln zu greifen, wie England bei deutschen Patenten.

Die Steigerung der Fleischpreise.

Wenn auch die Preishöhe des Monats August im September sich nicht mehr in gleich stürmischer Weise fortsetzte wie im ersten Kriegsmonat, so brachte der September doch noch erhebliche, den Konsum weiter belastende Preiserhöhungen für Fleisch. Allerdings machen sich die Preissteigerungen örtlich und nach den Fleischsorten sehr verschieden geltend. Das geht soweit, daß in größeren Städten die verschiedenen Gegenden oft ganz abweichende Bewegungen der Fleischpreise aufweisen. Ein typisches Beispiel hierfür ist Berlin. Hier sind von Juli bis September die Fleischpreise im Osten und Zentrum der Stadt, dann aber auch noch im Norden am stärksten gestiegen, weniger stark im Süden, noch weniger im Nordwesten und Südwesten. Im Westen dagegen ergibt sich für die gleichen Notierungen sogar ein Minus gegenüber Juli. Wenn auch bei dieser Gelegenheit auf die Ungleichheit aller Preisnotierungen, auch der amtlichen, auf denen unsere Vergleiche beruhen, hingewiesen werden muß, so ist doch aus ihnen sowie aus früheren, daß in Gegenden mit starker Arbeiterbevölkerung die Preise für die vielbegehrten Fleischsorten weit härter gestiegen sind als in Gegenden, wo die an sich teureren Fleischsorten mehr gekauft werden. Im allgemeinen gehört Berlin zu den Städten, in denen die Fleischpreise seit Juli sehr erheblich angezogen haben. An der Spitze steht freilich Königsberg, wo die Verteuerung gegen Juli ganz außergewöhnlich ist. Selbst Rostock, das meist billiger geworden ist, hat hier eine scharfe Preissteigerung erfahren. Sehr hart verteuert hat sich Fleisch auch in Posen. Ueberhaupt kann man beobachten, daß in den Städten des Ostens die Verteuerung am stärksten gewesen ist, während in Mitteldeutschland und im Westen vielfach die Preissteigerung gering, teilweise sogar eine Verbilligung gegenüber Juli eingetreten ist. Eine Verbilligung weisen z. B. die Plätze Hannover, Dortmund und Essen auf. Auch Aachen zeigt geringere Preise an, wobei freilich zu berücksichtigen ist, daß dort im Juli die Preise bereits sehr stark hinaufgegangen waren. Absolut standen auch im September die Preise noch immer sehr hoch.

Was nun die Bewegung der Preise für die verschiedenen Fleischsorten betrifft, so tritt deutlich auf der einen Seite eine ziemlich allgemeine Verbilligung von Kalbfleisch auf, der anderen eine Verteuerung von Rind- und Schweinefleisch zutage. Sehr stark und fast ohne Ausnahme sind die Preise für Schweinefleisch und Schweinefleisch in die Höhe gegangen. Im Gegensatz zu der Bewegung der Fleischpreise in Friedenszeiten zeigt sich gegenwärtig eine größere Selbständigkeit der einzelnen Marktgebiete, in denen die Preisbewegung weit unabhängiger von der in benachbarten oder gar weiter entfernten Gebieten erfolgt, als es früher der Fall gewesen ist. Die Belastung des Konsums durch die hohen Fleischpreise ist bereits jetzt so stark, daß breite Schichten der ärmeren Bevölkerung ihren Verbrauch schon merklich einschränken müssen.

Soziales.

Gehaltskürzungen eines Militärlieferanten.

Mit einer interessanten Zeugnisfrage hatte sich gestern die 5. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zu befassen. Vier weibliche Angestellte des Fabrikanten Frhr. Wagner klagten gegen diesen auf Auszahlung eines anderen Zeugnisses.

Sie nahmen sämtlich an einem bei allen gleichlautenden Posten im Zeugnis Anstoß, in dem es heißt: „Ihre Kündigung erfolgte, weil sie sich weigerte, die Erklärung abzugeben, daß sie an einem an das Geschäft gerichteten anonymen Schreiben unbeteiligt gewesen sei.“ In der Verhandlung machte der Beklagte dazu folgende Ausführungen: Nach Ausbruch des Krieges hatte er die Absicht, das ganze Personal durchzuführen. Um das durchzuführen zu können, wollte er eine allgemeine Gehaltskürzung von zehn Prozent vornehmen. Auf eine dahingehende Rundfrage stellte das Personal die Gegenfrage, in welcher Höhe die Abzüge gemacht werden sollten. Inzwischen lief auch das den Anlaß zu den Prozessen gebende anonyme Schreiben ein, welches das Vorhaben des Fabrikanten in wenig schmeichelhafter Form charakterisierte. Es legte dem Beklagten nahe, daß er als Militärlieferant besonders Veranlassung hätte, die vollen Gehälter zu zahlen. Dem ganzen Inhalt des Schriftstücks nach mußte der anonyme Briefschreiber unter den Angestellten zu suchen sein. Der Beklagte wandte sich nun nicht etwa an das Personal direkt, sondern er ließ ein Rundschreiben folgenden Inhalts an sämtliche Angestellten ergehen. Jeder Angestellte solle ihm eine eidesstattliche Versicherung des Inhalts abgeben, daß er weder direkt noch indirekt an dem anonymen Brief beteiligt sei, noch daß er die Informationen dazu gegeben habe. Während die Mehrzahl der Beschäftigten die gewünschte eidesstattliche Versicherung abgaben, weigerten sich die vier Klägerinnen. Sie wurden deshalb unter Auszahlung des vollen Gehaltes sofort entlassen. Zu dem wahrheitsgemäßen Vermerk im Zeugnis hielt sich der Beklagte für berechtigt. Die Klägerinnen dagegen erklärten übereinstimmend, daß sie an dem betreffenden Schreiben völlig unbeteiligt seien und sich gänzlich schuldig fühlten. Sie wollten sich über mittig nur erst erkundigen, ob sie zur Abgabe einer dergleichen Erklärung verpflichtet sind. Sie seien durch den Vermerk im Zeugnis über alle Maßen geschädigt, denn kein Chef wolle sie auf ein derartiges Zeugnis hin engagieren.

Der Vorsitzende, Magistratsassessor Dr. Hensel, machte den Beklagten darauf aufmerksam, daß der Kündigungsgrund nicht ins Zeugnis gehöre, und daß auch andererseits der Prinzipal vom Angestellten keine eidesstattliche Versicherung verlangen könne. Ein derartiges Verlangen sei sogar im vorliegenden Falle eine kränkelnde Zumutung. Denn der Angestellte werde dadurch indirekt einer unehrenhaften Handlung verurteilt. Diese Verurteilung liegt auch erneuert in der betreffenden Wendung im Zeugnis, so daß den Klägerinnen wohl zu glauben sei, sie bekamen auf dies Zeugnis hin keine neue Stellung.

Die Parteien unterwarfen sich daraufhin folgendem Schiedsspruch: Die Klägerinnen geben dem Beklagten nicht eine eidesstattliche Versicherung, sondern die einfache Erklärung ab, daß sie mit dem anonymen Schreiben in keiner Verbindung stehen. Der Beklagte stellt seinerseits den Klägerinnen neue Zeugnisse aus, in denen der beantragte Zusatz fortgelassen ist.

Berichtszeitung.

Gewerkschaftsbeitritt und Erpressung.

Seit Jahrzehnten ist von den Vertretern der Sozialdemokratie im Reichstag darauf hingewiesen, daß die Praxis des Reichsgerichts, in der Androhuna einer Arbeitsniederlegung für den Fall der Nichtgewährung bestimmter Arbeitsbedingungen eine Erpressung zu sehen, dem Rechtsgefühl und auch dem Gesetz widerspricht. Tatsächlich führt eine solche Praxis dazu, ohne Vergleichsverhandlungen von dem Recht des Streiks Gebrauch zu machen. Die Vertreter bürgerlicher Parteien und schließlich die Regierung anerkannten das Berechtigte der gegen diese Praxis geltend gemachten Bedenken. In der Literatur geschah das gleiche. Auch im Ausland war man über die geschilderte Praxis erlautet. Die Motive zum norwegischen Strafgesetzbuch erklärten die Praxis des Reichsgerichts für ungeheuerlich. Die Regierung legte dann dem Reichstag einen Gehörtenwurf vor, der den erhobenen Klagen Rechnung tragen sollte. Der Entwurf gelangte nicht zur Verabschiedung, weil seine Fassung völlig unzulänglich war und die Regierung einer einwandfreien Fassung nicht zustimmte. Wie notwendig eine gesetzgeberische Aktion auf diesem Gebiete ist, zeigte eine am Donnerstag vor dem Ersten Strafsenat verhandelte Strafsache. In dieser anerkannte zwar das Reichsgericht, daß dem Landgericht ein Verständnis für die Berechtigung gewerkschaftlicher Organisationen zu fehlen scheint, verwarf aber dennoch die Revision aus dem formellen Grunde, daß die „tatsächliche Feststellung“ für das Reichsgericht unangreifbar sei.

Es handelte sich um ein Urteil des Landgerichts Traunstein vom 7. April, durch welches der Zimmermann Schmitz, der Tagelöhner Quiber und der Bauhilfsarbeiter Formann wegen verübter Erpressung zu je 10 Tagen Gefängnis verurteilt worden sind. Im Sommer 1913 wurde in Traunstein der Neubau eines Krankenhauses errichtet. Die Angeklagten waren hierbei tätig und suchten als treue Anhänger ihren gewerkschaftlichen Organisationen die nichtorganisierten Kollegen zum Beitritt zu diesen Organisationen zu veranlassen. Das Landgericht hat nun festgestellt, daß die Angeklagten bei ihren Werbetouren verschiedene Drohungen ausgesprochen haben; z. B.: „Wir lassen Dich nicht auf den Bau, Du kriegst sonst keine Ruhe.“ Das Landgericht hat ferner angenommen, daß der Vermögensvorteil, den die Angeklagten den betreffenden Verbänden in Form von Mitgliedsbeiträgen verschaffen wollten, ein rechtswidriger gewesen sein würde, da diesen Verbänden ein rechtlicher Anspruch auf solche Beiträge nicht zustehe. Deshalb wurde der Tatbestand der verübten Erpressung für festgestellt erachtet.

Die Revision der Angeklagten wurde vom Reichsgericht mit folgender Begründung verworfen: Wenn das Landgericht angenommen hat, daß die Angeklagten den fraglichen Arbeiterorganisationen die Beiträge des Arbeiters zuzuwenden wollten und hierin einen rechtswidrigen Vermögensvorteil erblickt, so ist dies formell nicht zu beanstanden, die Verurteilung wegen verübter Erpressung also gerechtfertigt. Es ist aber nicht zu verstehen, daß die Aufhebung der Strafkammer überraschend ist. Das Urteil verurteilt einen gewissen Mangel an sozialem Empfinden oder mangelnde Kenntnis der Arbeiterverhältnisse. Denn es dürfte doch allgemein bekannt sein, daß diese Organisationen den Zweck haben, durch festes Zusammenhalten und Ausschluß der nichtorganisierten Arbeiter bessere Arbeitsbedingungen gegenüber den Unternehmern zu erlangen. Warum es hier anders gewesen und den Angeklagten nicht darum zu tun gewesen sein soll, den z. zum Beitritt zu ihren Organisationen zu veranlassen, ist allerdings nicht so leicht einzusehen. In dessen liegt auf tatsächlicher Gebiete, und das Reichsgericht ist außerstande, in dieser Beziehung Abhilfe zu schaffen.

So zutreffend die Verlegungen des Reichsgerichts über den Wert gewerkschaftlicher Organisationen sind, so wenig kann das Ergebnis befriedigen, daß die Verurteilung der drei Arbeiter aus formalen Gründen nicht aufgehoben wurde.

Kleine Nachrichten.

In den Tod gefolgt.

Ein erschütterndes Familiendrama spielte sich dieser Tage in dem märkischen Städtchen Dahme ab. Wie der „Anzeiger für Dahme“ berichtet, war der Frau des Landdirektors Kurt Seemann durch die Militärbehörde der Tod ihres Mannes, der als Reserveleutnant im Felde stand, gemeldet worden. Aus Gram über den schweren Verlust beschloß die Frau, mit ihren Angehörigen aus dem Leben zu scheiden. Im Eiferverständnis mit ihrer Mutter erschloß Frau Seemann zuerst ihre Mutter, ihre zwei Kinder im Alter von 7 und 4 Jahren und dann sich selbst. Wie die Unglückselige vor ihrer Tat selbst niederscrieb, ist sie in den Tod gegangen, weil sie ohne ihren Mann, den sie über alles liebte, nicht länger leben zu können glaubte.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, vierter Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 3 bis 6 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Dankschreiben und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beiliegend ist, werden nicht beantwortet. Ullige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Müller Julius. 1. 6 Monate. 2. für die Verhaftung sind 15 M. und ferner monatlich 24 M. Verpflegungskosten zu zahlen. — B. 37. Mithrasische Beschwerden geringeren Grades (Lungenentzündung oder dergleichen) landsturmpflichtig. — W. N. 64. Nach dem Gesetz nein. — H. 6. 100. Platz für Vorauszahlung der Miete nur für landsturmpflichtig erachtet werden. — G. 39. Unseres Erachtens würde eine Beschwerde beim Versicherungsamt, Klosterstraße, Erfolg haben. Der Invalidenversicherung gegenüber würden Sie erst dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn Sie mindestens 26 Wochen hintereinander erwerbsunfähig waren. Dann erhalten Sie die Krankenrente. — E. P. 3. Sie haben Ihre Einwendung erhalten und teilen Ihre Meinung. Eine öffentliche Erörterung dieser Fragen ist zurzeit nicht möglich.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 11. Oktober, norm. 9 Uhr. Appell-Allee 15-17; Neuhaus, „Reinholdstraße“; Legel, Bahnhofstr. 15 und Ober-Schöneberg, Alarstr. 2; Freireligiöse Versammlung. — Vormittags 11 Uhr. Kleine Frankfurter Str. 6; Vortrag von Herrn Dr. W. Biele. „Richte, ein deutscher Philosoph.“ — Damen und Herren als Gäste willkommen.

Mittelschwere Kranken- und Sterbefälle der Metzlarbeiter. (W. u. S.) Hamburg. Filiale Baumkantenweg. Den in Extrapost wohnenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 10. Oktober, abends von 8 1/2-10 Uhr, im Lokal von Wolfram, Alsterstr. 101, eine Riesholzkasse, solltet werden. — M. G. 39. Unsere Erachtens würde eine Beschwerde beim Versicherungsamt, Klosterstraße, Erfolg haben. Der Invalidenversicherung gegenüber würden Sie erst dann Aussicht auf Erfolg haben, wenn Sie mindestens 26 Wochen hintereinander erwerbsunfähig waren. Dann erhalten Sie die Krankenrente. — E. P. 3. Sie haben Ihre Einwendung erhalten und teilen Ihre Meinung. Eine öffentliche Erörterung dieser Fragen ist zurzeit nicht möglich.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Sonntagmorgen: ziemlich mild, zeitweise aufklarend, aber noch überwiegend bewölkt oder neblig. Im Südosten an den meisten Orten noch etwas Regen.

Von Kavalieren wenig getragen, sowie im Vorsatz gewesen Jacketanzüge, Rockanzüge, Paletots u. Ulster, 12, 15, 18, 20, 25 bis 36 M. Prima. Ferner Gelegenheitskäufe in neuer Maßgarbe enorm billig. Riesenposten Kostüm, Ulster u. Plüschmäntel, auf Seide, enorm billig. Große Posten Pelzstoffs in Skunks, Marder, Nerz usw., außerordentlich billig. Große Auswahl in Herren-Gehpölsen, Damen-Reise- und Wagen-Pelzen. Extraangebot in Lombard gewasener Brillanten, Uhren und Goldwaren zu enorm billigen Preisen. — „Vorwärts“-Leser erhalten 10 Proz. extra.



Erste Qualitätsmarke! Billig! Gut!



Allgemein-Vertriebeson Truttreue Cigarettenfabrik

GARBÁTY
CIGARETTEN

Qualität

Manoli-Zigaretten
Dandy 3 Pf

Jetzt auch mit und ohne Mundstück

Bosnia
Cigaretten!

MAL-KAH
Company
Berlin N. 20 Pankstr. 65.

Muratti
Cigaretten

Kressin

Raucht Herbstoll Cigaretten

Akoholfreie Getränke

Franz Abraham

Beluchtungsgegenstände

Bad

Central-Bad

Silesia

Bäcker- u. Konditoreien

Gebrüder Manns

Schröter, R.

Uhly & Wolfram

Blumen und Kränze

Oskar Hanke's Brotbäckerei

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Phänomen
MONA LISA
Die neue 33
Qualitäts
Cigarette

Auto-Fachschule

Bäcker- u. Konditoreien

Berliner Bock-Brauerei

Brauerei Königstadt

C. Habels Brauerei

Löwen-Brauerei

Münchener Brauhaus

Bandagen, Gummivarren

Beerdigungsanl. Sargmagz.

Bade-Anstalten

Bad

Central-Bad Diana-Bad

Bad Ostend

Passage-Bad

Silesia

Bäcker- u. Konditoreien

Gebrüder Manns

Schröter, R.

Uhly & Wolfram

Blumen und Kränze

Oskar Hanke's Brotbäckerei

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Bierbrauerei, Bierhdg.

Brauerei Bötzw
empfehlte
Qualitätsbiere
ersten Ranges.

W. Adelnig & A. Hoffmann

Berliner Bock-Brauerei

Osw. Berliner

Brauerei Königstadt

C. Habels Brauerei

Löwen-Brauerei

Münchener Brauhaus

Bandagen, Gummivarren

Beerdigungsanl. Sargmagz.

Bade-Anstalten

Bad

Central-Bad Diana-Bad

Bad Ostend

Passage-Bad

Silesia

Bäcker- u. Konditoreien

Gebrüder Manns

Schröter, R.

Uhly & Wolfram

Blumen und Kränze

Oskar Hanke's Brotbäckerei

C. Hillebeck, Charlott., Krause St. 19

Brauerei Bötzw

W. Adelnig & A. Hoffmann

Berliner Bock-Brauerei

Osw. Berliner

Brauerei Königstadt

C. Habels Brauerei

Löwen-Brauerei

Münchener Brauhaus

Bandagen, Gummivarren

Beerdigungsanl. Sargmagz.

Bade-Anstalten

Bad

Central-Bad Diana-Bad

Bad Ostend

Passage-Bad

Silesia

Bäcker- u. Konditoreien

Gebrüder Manns

Schröter, R.

Uhly & Wolfram

Blumen und Kränze

Oskar Hanke's Brotbäckerei

Hüte, Mützen, Pelzwar.

Hüte, Mützen, Pelzwar.

Kaffee-Rösterei

A. Zuntz sel. Wwe.

Kaufhäuser

Kolonialwaren

Kontor- u. Ladeneinrichtg.

Kurz- u. Weiß- u. Wollwaren

M. Gardels

Mehlhandlungen

Bethke, Georg.

Prese, Ernst

Gaede, Otto

Ernst Hoffmann

F. W. Sichter

Molkereien

Gustav Richter

Clems. Steinke, Büsschingerstr. 26

Tiele Ncht.

Möbelmagazine

Mostrichfabrik

Opfiker, Mechaniker

Obst. Gemüde

Photographische Ateliers

Untenstehende Geschäfte empfehlen sich b. Einkauf.

Nähmaschinen

Bellmann, E.

Singer Nähmaschinen

Photogr. Apparate

Pianos

R. Vierling

Röhrlächterei

Schreibwaren

Schuhwaren, Schuhmach.

Seiten

Schneewittchen-Bleichseifenpulver

Uhren und Goldwaren

Max Busse

W. Ballin & Co.

Hugo Beling

P. Kirchner & Co.

Schlichte Steinbäder

Otto Albert Schulz

Herm. Meyer & Co.

Oswald Nier

Ignatz Sello

Underberg

Boonekamp

Sprit- und Likörfabrik

Meierei C. Bolle

Meierei C. Bolle

Vericherungen

„Deutschland“ Berlin

„Iduna“ zu Halle a. S.

Zahnateller

Emil Sann

Zoologische Handlung

Britz

Fredersdorf

Königs-Wetterhauen

Mahlsdorf

Rud. Grunow

Meriodorf

Neuhölln

Nieder-Schönhausen

Spandau

Siemensstadt

Astoria-Hut-Compagnie

Siemensstadt-Drogerie

Straußberg

Tempelhof

Weißensee

Wilhelmsruh

Zossen

russische Regierung gab darauf keine Antwort. Es ist nicht klar, eine große Anzahl russischer Reformatoren in einer solchen Zeit zu entfremden und zu erbittern.

Revolutionäre Bestrebungen in Aegypten.

Konstantinopel, 8. Oktober. (W. Z. V.) Nach dem „Tanin“ sind die Engländer wiederholt bemüht, in Aegypten revolutionäre Proklamationen aufzufinden, die angeblich dorthin gebracht wurden. Es sind Hausdurchsuchungen vorgenommen worden, insbesondere in der Redaktion des Blattes „El Schuab“ und im Palast des Prinzen Aziz Pascha, jedoch ohne Erfolg.

Die Gefangenen in England und Oesterreich.

London, 9. Oktober. (Meldung des Neuen Bureaus.) Oesterreich-Ungarn und England sind übereingekommen, folgenden Zivilgefangenen die Heimkehr zu gestatten: Frauen und Kindern, Männern, die nicht in militärisch-pflichtigem Alter stehen oder die dienstuntauglich sind, Ärzten und Geistlichen.

Eisenbahnverkehr zwischen Paris und London.

Kopenhagen, 9. Oktober. (W. Z. V.) Der Eisenbahnverkehr zwischen Paris und London ist vorgestern wieder aufgenommen worden. Der erste Zug Calais-Paris brauchte sechs Stunden.

Neutraler Telegrammverkehr.

Kopenhagen, 8. Oktober. (W. Z. V.) Das Internationale Telegrammbureau in Kopenhagen erhielt die Erlaubnis der Behörden, neutrale Telegramme zwischen Ländern, deren direkte Telegrammverbindung gestört ist, zu empfangen. Es unterstellte sich hinsichtlich dieser Tätigkeit der Kontrolle einer dänischen Bank. Nur Privat- und Geschäftsdepeschen werden zum Weitergeben entgegengenommen, dagegen keine Presse-, Militär- und Chiffredepeschen.

Kriegsbekanntmachungen.

Gegen die Spionage.

Berlin, 9. Oktober. (W. Z. V.) Schon in Friedenszeiten haben unsere Feinde alle Mittel angewandt, um unsere militärischen Geheimnisse zu erschließen. Jetzt aber wird Deutschland von Spionen geradezu überflutet. Ueberall im Inlande arbeiten zahlreiche russische, französische, englische Agenten, Männer wie Frauen, um ihre Auftraggeber zu unterrichten. Sie kommen zu uns mit falschen deutschen Pässen oder als Angehörige neutraler Staaten — Dänemarks, Schwedens, Hollands, der Schweiz — hören und sehen und berichten über das neutrale Ausland. Am schlimmsten treiben sie es in der Nähe der Grenzen. Aber auch im Innern des Landes sitzen sie in größeren Städten, namentlich in Festungen, Hafenplätzen, an wichtigen Eisenbahnlinien. Das uns durch diese Leute schwerer Schaden zugefügt wird, braucht nicht erst noch bewiesen zu werden. Wie kann man dagegen kämpfen? Nur dadurch, daß jeder sein Vaterland liebende Deutsche in dieser Zeit der Gefahr seine Mitwirkung nicht versagt. Man achte auf jeden, der sich durch wiederholten oder längeren Aufenthalt auf Wohnhöfen und in der Nähe von Kasernen, Flugplätzen, Luftschiffhallen, Werften verdächtig macht. Man beobachte aber selbst auch Vorsicht und Zurückhaltung in der Unterhaltung sowohl in der Öffentlichkeit (Eisenbahn, Straßenbahn, Bierhaus) als auch im eigenen Kreis. Man sei vorsichtig in der Mitteilung von Nachrichten vom Kriegsschauplatz aus Feldpostbriefen und bedenke, daß leichtfertige Mitteilbarkeit das Leben des eigenen Angehörigen gefährden kann. Jedes undorfsichtige Wort kann dem Feinde nützen, uns aber ungeschätzte Opfer kosten und dadurch zu einer schweren Verhängung am Vaterlande werden. Darum nochmals: Aufmerksamkeit gegenüber Verdächtigen und Zurückhaltung im Verkehr mit anderen.

Abreise von Serben.

Berlin, 9. Oktober. (W. Z. V.) Serben, die aus Deutschland auszureisen wünschen, werden von der amerikanischen Botschaft aufgefordert, sich sofort bei ihr zu melden und ihre Pässe mitzubringen.

Politische Uebersicht.

Die preussische Kriegsvorlage.

Die große preussische Kriegsvorlage wird, wie die „Berl. Pol. Nachr.“ mitteilen, obwohl diese Forderung sich auf mehrere hundert Millionen Mark beläuft, doch nur die Bedeutung einer Abschlagszahlung auf den vollen Ersatz für die Kriegsschäden der beiden Provinzen Ost- und Westpreußen bedeuten. In erster Linie kommt dabei die reichsgerichtliche Regelung in Betracht, welche in dem auch in dem Staatsministerialerlaß vom 20. September angezogenen § 35 des Kriegsteilnahmengesetzes vom 13. Juni 1873 vorgesehen ist. Die jetzt dem Landtage vorzuliegende Kreditvorlage soll der Staatsregierung lediglich die zur Bewährung der Vorentscheidung erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen. Die Vorentscheidung wird aus bereiten staatlichen Mitteln entnommen und späterhin auf die endgültig festgestellte Schadenerfassungsumme angerechnet.

Mindestgebot bei Zwangsversteigerungen.

Der Bundesrat hat eine Verordnung erlassen, die für die Versteigerung körperlicher Sachen, soweit sie im Wege der Zwangsversteigerung nach der Zivilprozessordnung stattfindet, allgemein ein Mindestgebot einführt. Der Zuschlag darf nur auf ein Gebot erfolgen, das wenigstens die Hälfte des gewöhnlichen Verkaufswertes des Pfandes erreicht. Bei geliehenen Wertpapieren darf der Verkaufswert, wenn das Papier in der letzten Woche vor dem 31. Juli 1914 einen Börsen- oder Marktdreis hatte, nicht unter dem letzten in dieser Woche amtlich notierten Börsen- oder Marktpreis festgesetzt werden. Bei Wertpapieren, die die Darlehenslosen belegen, darf das Mindestgebot nicht hinter dem Betrage zurückbleiben, zu dem die betreffenden Papiere von den Darlehensklassen bestehen werden.

Strafe für einen Friedensfreund.

Der bayerische Landtagsabgeordnete Dr. Duidde, ein führender Mitglied der Friedensbewegung, der sich gegenwärtig im Haag befindet, verlor von dort aus einen Brief, der für den Frieden eintrat. Daraufhin hat ein anderer liberaler Politiker von Frieden, Dr. Goldschmidt, in einer Zuschrift an die „Münchener Zeitung“ unter scharfer Bezeichnung dieser Friedensbemühungen die Ausscheidung Dr. Duiddes aus jeder politischen Organisation und aus der liberalen Fraktion des bayerischen Landtages gefordert.

Russifizierung.

Die dänische Zeitung „Politiken“ bringt nach einem Telegramm des „W. Z.“ die offizielle Mitteilung, daß die Großherzogin Anastasia von Mecklenburg-Schwerin wieder ihre ursprüngliche russische und den russischen Namen Anastasia Michailowna angenommen hat.

Anastasia Michailowna ist die Mutter des deutschen Kronprinzen.

Die mecklenburgischen Herrscherhäuser sind mit Rußland mehrfach verwandt. In Mecklenburg-Strelitz ist z. B. noch ein Russe Thronerbe.

Spionageprozeß.

Vor dem Reichsgericht fand am Freitag der Spionageprozeß gegen den Handlungsreisenden, früheren Restaurateur Alois Claer statt. Gegen Claer stand bereits am 18. November 1913 Termin an. Der damalige Mitangeklagte Kraftwagenführer Erny wurde damals wegen Spionage zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Inzwischen war Claer vom Landgericht Rülhausen am 8. April 1914 wegen unternehmerischer Verleitung zum Meineid zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt worden, weil er versucht hatte, den Zeugen Morf in dieser Spionagefalle zu seinen Gunsten zum Meineid zu bewegen. Die Anklage gegen Claer ging dahin, daß er im Jahre 1910 ein deutsches Artilleriegeschütz in den Besitz und zur Kenntnis des französischen Nachrichtenbureaus in Velfort gebracht habe. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Sie endete damit, daß Claer unter Einrechnung der ihm von dem Landgericht Rülhausen im Strafverfahren einjährigen Zuchthausstrafe wegen Verbrechens gegen § 1 des alten Spionagegesetzes zu fünf Jahren sechs Monaten Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt wurde.

Regierungsrat Dr. Kestner vermisst.

Der als Referent für das Petroleummonopolgesetz in parlamentarischen Kreisen bekannte und als volkswirtschaftlicher Schriftsteller, besonders durch sein Buch über den Organisationszwang der Kartelle hervorgetretene Regierungsrat im Reichsjustizamt, Dr. Fritz Kestner, der als Referent an den Kämpfen auf dem westlichen Kriegsschauplatz teilgenommen hat, wird seit dem 7. September vermisst. Alle Versuche, Nachricht über sein Schicksal zu erhalten, sind bisher erfolglos geblieben.

Kein Zwangsabonnement der „Neuen Korrespondenz“.

Auf eine Beschwerde des sozialdemokratischen Parteivorstandes vom 17. August 1914 hat der Minister des Innern am 6. Oktober 1914 erwidert, daß eine Anordnung, wonach Zeitungen das Zwangsabonnement der „Neuen Korrespondenz“ und der unbedingte wie unerkürzte Abdruck bestimmter Artikel dieser Korrespondenz zur Bedingung ihres Erscheinens gemacht wird, nicht besteht. Die Verfügung des Amtsvorstehers in Waldenburg an die „Schlesische Bergwacht“ vom 18. August beruht auf einer mißverständlichen Auslegung eines diesseitigen Erlasses. Der Amtsvorsteher wird seine Verfügung zurückziehen.

Die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit.

Zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und Beschäftigung von Kriegsgefangenen ist bekanntlich ein vereinfachtes Enteignungsverfahren eingeführt worden. Es waren nun vielfach Zweifel darüber entstanden, ob die neuen Vorschriften auch auf schwebende Enteignungsverfahren anwendbar sind. Ein besonderer Erlaß des Ministers der öffentlichen Arbeiten bestätigt dies jetzt. Voraussetzung ist aber, daß für die Arbeiten eine Anordnung des Staatsministeriums ergangen ist.

Gegen die „Kriegs-Milkarten“.

Nachdem schon das bayerische Ministerium gegen die unwürdigen „Kriegs-Milkarten“ vorgegangen ist, wird jetzt auch ein Erlaß der lothringischen Regierungsbehörden bekannt, der gegen den Unfug Stellung nimmt. Es heißt da:

In den Auslagen verschiedener Buchhändlerläden befinden sich vielfach namentlich in Postkartenform rohe und geschmacklos Kriegsdarstellungen. Insbesondere werden auf dem Gebiete der ausgestellten Scherzarten die Grenzen des Geschmacks vielfach überschritten. Da solche Darstellungen weder der Würde des uns seine Existenz kämpfenden deutschen Volkes noch dem Ernst der Lage entsprechen, überdies bei unseren kämpfenden Landsleuten draußen im Felde keineswegs Beifall finden, bedarf es wohl statt der Ergreifung weiterer Schritte nur dieses Hinweises, damit die Ladeninhaber Maßnahmen treffen, um die fraglichen Darstellungen aus der Auslage zu entfernen und aus dem Verkehr zurückzuführen.

Diese Verfügung dürfte wohl allgemeine Zustimmung finden.

Der Kampf gegen die französische Sprache.

Daß die Militärbehörden in Lothringen vielfach energisch gegen den Gebrauch der französischen Sprache vorgehen, ist bekannt. In welchem Umfange und mit welchem Nachdruck das geschieht, zeigt wieder die Bekanntmachung des Stappenkommmandeurs von Saarbürg in Lothringen, in der es heißt:

„Innerhalb 48 Stunden müssen sämtliche französische Zuschriften an Häusern, Geschäften und Schulhäusern entfernt sein. Die Stappenkommmandantur Saarbürg verbietet von heute ab die Verwendung von Briefumschlägen, Rechnungs- und Brief-Vordrucken mit französischer Aufschrift, sowie überhaupt jede fernere Benutzung irgendwelcher Formulare in französischer Sprache. Zuwiderhandlungen werden mit Schließung des Geschäfts geahndet. Es muß auch von den französisch-sprechenden Teilen der Landeseinwohner unbedingt erwartet werden, daß sie inzwischen so viel Deutsch gelernt haben, um Vordrucke in dieser Sprache zu verstehen.“

Kriegsmaßnahmen der Provinz Westfalen.

In dem Bericht des Landeshauptmanns der Provinz Westfalen über die Kriegsmaßnahmen der Provinz heißt es, nachdem von der Fortführung aller Wänter usw. gesprochen ist:

Für Rechnung der Provinz sind in den ersten Tagen der Mobilmachung durch besondere Agenten Reiskorrate im Werte von einer Million Mark auf gekauft worden. An Ankäufen im Inlande hat sich die Provinzialverwaltung aber nicht beteiligt. Sie hat nur ein Interesse dafür belundet, daß noch Lebens- und Futtermittel aus dem neutralen Auslande eingeführt würden. So sind 200 000 M. für den Ankauf von Mais, Gerste und Kleie ausgegeben worden. In allen Anstalten und auf den Gütern der Provinz soll dafür gesorgt werden, daß im nächsten Frühjahr etwa der doppelte Bestand an jungen Ferkeln gegenüber dem Nachwuchs in sonstigen Jahren vorhanden ist.

Das sind Kriegsmaßnahmen, die sich durch ihre Eigenart vor der Mehrzahl der sonst getroffenen auszeichnen.

Kommunale Maßnahmen gegen die Kriegsnöt.

In Nürnberg wurde dieser Tage in den städtischen Kollegien über den Ausbau der städtischen Kriegs- und Arbeitslosenfürsorge beraten. Eine Kommission legte eine Denkschrift vor. Danach erstreckt sich die Fürsorge auf die Familien der ins Feld gerückten Krieger, soweit die reichsgerichtliche Kriegsunterstützung nicht ausreicht, ferner auf Familien und Einzelpersonen, welche unmittelbar durch den Kriegsausbruch und seine Folgen in Not geraten sind. Die Unterstützung beträgt für einen alleinstehenden Mann wöchentlich 6 M., für eine alleinstehende Frau 5 M., für ein Ehepaar 9 M., für jedes Kind 1,50 M. wöchentlich. Insoweit

eigenes Einkommen vorhanden, ist Meßel, sofern es den Notbedarf nicht erreicht, auf dessen Höhe zu ergänzen. Für Kinder von über 15 Jahren kann ein höherer Anschlag als 1,50 M. eintreten, jedoch nicht über 3 M. wöchentlich. Für die Familien der ins Feld gezogenen Krieger wird der Notbedarf um 40 Proz. erhöht, die reichsgerichtliche Unterstützung wird eingerechnet. Unterstützungen oder rechtliche Bezüge, die an Hilfsbedürftige auf Grund erfolgter Gegenleistungen, besonders regelmäßiger Beitragszahlungen gewährt werden, sind in den Notbedarf mit einem Drittel ihres vollen Betrages einzurechnen, so daß zwei Drittel der Bezüge dem Unterstützten über den Notbedarf hinaus gewährleistet sind. Als arbeitslos sind alle diejenigen Personen anzusehen, denen die Kriegslage mit ihren Folgen ihre und ihrer Familien Ernährung ganz oder teilweise unmöglich macht, auch Angehörige freier Berufe, Kleingewerbetreibende, sogenannte Kurzarbeiter usw. Eine besondere Härte ist, daß Leute, die Unterstützung beanspruchen und nicht in Nürnberg heimatberechtigt sind, mindestens vier Jahre ununterbrochen in Nürnberg gewohnt haben müssen. Dies trifft hauptsächlich die Arbeiterschaft. Die sozialdemokratischen Vertreter waren eifrig bemüht, diese Härte zu beseitigen und die Frist auf ein Jahr herabzumindern, ebenso strebten sie eine Erhöhung der Unterstützungssätze an, die nicht über die der Armenpflege hinausgehen.

Staatszuschuß für englische Gewerkschaften.

Aus London, 8. Oktober, wird uns geschrieben: Die Agitation der Gewerkschaften und der Arbeiterpartei, um die Regierung zu veranlassen, die durch den Krieg und die von ihm verursachte Arbeitslosigkeit den Gewerkschaften erwachsenen außerordentlichen Lasten wenigstens teilweise mitzutragen, ist nun von Erfolg gekrönt worden. Das Handelsministerium macht heute bekannt, daß es von nun an bereit ist, Organisationen, die ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung zahlen, Notzuschüsse zu gewähren. Diese Zuschüsse lassen die Rechte, die den Gewerkschaften auf Grund des Arbeitslosenversicherungsgesetzes zustehen, unangestastet. Die Notzuschüsse werden unter folgenden Bedingungen verabsolgt:

1. daß die Organisation infolge abnormaler Arbeitslosigkeit Schäden leidet;
2. daß die Organisation ihren Mitgliedern nicht mehr als 17 Schilling die Woche (einschließlich der Staatszuschüsse) an Arbeitslosenunterstützung zahlt;
3. daß die Organisation für die Dauer der staatlichen Notzuschüsse Extrabeiträge von ihren in Arbeit stehenden Mitgliedern erhebt.

Die Höhe des staatlichen Notzuschusses beläuft sich auf entweder ein Drittel oder ein Sechstel der von der Organisation für Arbeitslosenunterstützung verausgabten Beträge, und zwar je nach der Höhe der erhobenen Extrabeiträge, wie folgende Scala zeigt:

Maximalhöhe der von der Organisation gezahlten Arbeitslosenunterstützung	Erforderlicher Extrabeitrag, um Notzuschuß zu erhalten.
17 Schilling	Ein Sechstel
15 „	3 Pence
13 „	6 Pence
10 „	1 Penny
4 „	2 „

Eine Organisation also, die ihren Mitgliedern eine Arbeitslosenunterstützung von beispielsweise 12 Schilling zahlt, wird durch die Erhebung eines Extrabeitrages von 2 Pence (16 Cent) die Woche zu einem Notzuschuß von 4 Schilling pro Woche und Mitglied berechtigt sein, wozu sich in den meisten Fällen noch 2 weitere Schilling auf Grund des Arbeitslosenversicherungsgesetzes gesellen würden. Entschließt sich die Gewerkschaft zur Erhebung eines Extrabeitrags von nur einem Penny, dann beträgt der staatliche Notzuschuß nur 2 Schilling, mit dem staatlichen Arbeitslosenversicherungszuschuß 4 Schilling.

Die neuen Ansprüche der Gewerkschaften haben rückwirkende Kraft vom Anfang des Krieges an. Die Gewerkschaften fordern nun aber noch weitere und höhere staatliche Unterstützungen.

Aus der Partei.

Kommunalwahlen.

Bei den Stadterordnetenwahlen in Düsseldorf, die Anfang dieser Woche stattfanden, erhielten unsere Genossen 2737 Stimmen, die vereinigten bürgerlichen Parteien (Liberalen und Zentrum) 6235 Stimmen. Die fünf Mandate waren bisher im Besitz des Zentrums. Bei der Wahl im Jahre 1912 hatten erhalten: Sozialdemokraten 9588 Stimmen, Zentrum 14 279 und Liberale 1338 Stimmen. Diesmal waren beide bürgerliche Parteien ein Kompromiß eingegangen, das zunächst bis zum Jahre 1918 wahren soll. Die Liberalen, die jetzt von 37 Mandaten 37 innehaben, traten dem Zentrum freiwillig drei Mandate der früher stets heilig unantastbaren zweiten Klasse ab, so daß das Zentrum bei dem Kompromiß drei Sitze ohne Kampf gewinnt. Die Christlichsozialen, die vor zwei Jahren mit dem Zentrum gegen die Liberalen zusammen gingen, scheinen von dem Kompromiß nicht erfreut zu sein, sie beschloßen Wahlenthaltung für alle Klassen.

Unsere Partei, die im Stadtparlament bisher nicht vertreten ist, beschloß trotz aller ungünstigen Zeitumstände Wahlbeteiligung. In den Vororten Gerresheim und Eller erhielten unsere Kandidaten 209 und 102 Stimmen, die bürgerlichen 709 und 354.

Ein Raubspiel zu Javern.

Wegen Majestätsbeleidigung hat das Landgericht Stade am 17. April d. J. den Genossen Ernst Schuderer, verantwortlichen Redakteur des „Vollstreckers“ für Harburg, zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Nachdem in dem bekannten Javernprozeß der Oberst von Reuter freigesprochen worden war und der deutsche Kaiser ihm den roten Adlerorden dritter Klasse verliehen hatte, brachte der Angeklagte am 16. Januar in Nr. 15 seines Blattes einen Artikel, in dem er die Freisprechung des Obersten, die Ordensauszeichnung und somit die Stellung des Kaisers zu den Javerner Verfallsen einer Kritik unterzog. Das Gericht ist der Ansicht gewesen, daß der Angeklagte aus Völligkeit und Gehässigkeit gehandelt habe. In seiner gegen das Urteil eingelegten Revision machte der Angeklagte geltend, die Vergriffe der Absicht der Ehrverletzung und der Völligkeit seien vom Vorderichter verkannt worden. Auch hätte sein Einwand, er als Anhänger einer materialistischen Geschichtsauffassung habe lediglich dazum wollen, daß der Kaiser, seinem Charakter und seinen Ideen folgend, nicht anders habe handeln können, Berücksichtigung finden müssen. Das Reichsgericht verwarf indessen am Dienstag die Revision als unbegründet.

Letzte Nachrichten.

bleibt Portugal neutral?

Wien, 9. Oktober. (W. Z. V.) Auf diplomatische Anfragen über die portugiesisch-englischen Verhandlungen erklärte, wie die „Reichspost“ von diplomatischer Seite erfährt, die Lissaboner Regierung, daß sie nicht daran denke, die Neutralität Portugals aufzugeben, und daß England sie nicht ersucht habe, von der Neutralität abzugeben.

Die portugiesische Regierung hat einen Kredit von acht Milliarden zu Zinszwecken angefordert.

